



# BEWOHNER\*INNENBETEILIGUNG IN DER VORLÄUFIGEN UNTERBRINGUNG\*

\*aus Sicht der Migrationssozialarbeit

---

ERGEBNISBERICHT  
UMFRAGE 2023



Fachzentrum  
Migration | Integration



Gesellschaft für  
Inklusion und  
Soziale Arbeit e.V.

# Inhalt

Hintergrund	3
Methodik	5
Ergebnisse	8
Beteiligungsmöglichkeiten	8
Beschwerdemanagement	12
Partizipatives Gremium / Heimbeirat	13
Hürden	15
Erkenntnisse	19
Empfehlungen	21
Maßnahmenkatalog	23
Anhang	24

# 1 Hintergrund

*Soziale Arbeit vertraut entsprechend ihres fachlichen Selbstverständnisses und ihres professionellen Ethikkodexes auf die Kraft der Menschen, ihr Leben selbst zu gestalten. Sozialarbeiter\*innen verstehen es als ihren Auftrag, Menschen im Sinne ihrer Selbstbestimmung, Partizipation und gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu unterstützen und dort Partei zu ergreifen, wo diesem Anspruch gesellschaftliche Rahmenbedingungen entgegenstehen.<sup>1</sup>*

Teilhabe zu ermöglichen ist der Kern sozialarbeiterischen Wirkens. Während Sozialarbeitende gesetzlich verpflichtet sind, unbegleitete minderjährige Geflüchtete an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen<sup>2</sup>, ist das Recht auf Partizipation für geflüchtete Erwachsene und Familien in Brandenburg bislang weniger verbindlich und umfassend geregelt.

Zwar sieht die Anlage 4 der Landesaufnahmegesetz-Durchführungsverordnung in Brandenburg vor, dass die Migrationssozialarbeit unter Einhaltung der allgemeinen Grundstandards der Sozialen Arbeit erfolgt – zu denen die Partizipation der Adressat\*innen gehört. Im Gegensatz zur Jugendhilfe, wo Beteiligung eine Ist-Bestimmung darstellt und somit ohne Ermessensspielraum befolgt werden muss, handelt es sich bei geflüchteten Erwachsenen und Familien um eine Soll-Bestimmung. Das Gesetz schreibt vor, dass die Migrationssozialarbeit die Bewohner\*innen bei der Mitgestaltung ihrer Lebensbedingungen durch „Einbindung der Bewohnerschaft in Abläufe, Befähigung zur Wahrnehmung der Interessen durch Beteiligungsstrukturen, Ermöglichung des Zugangs zu einer unabhängigen Ombudsstelle“<sup>3</sup> unterstützen soll. Soll-Bestimmungen sind grundsätzlich verbindlich und erlauben nur nach eingehender Ermessensausübung bzw. Abwägungen Abweichungen.

*Partizipation* Geflüchteter in der vorläufigen Unterbringung bedeutet in der Praxis, dass die Bewohner\*innen ihre Interessen und Bedürfnisse einbringen und das Zusammenleben mitgestalten können, anstatt nur Empfänger\*innen von Entscheidungen zu sein.<sup>4</sup> Ziel ist es, die Geflüchteten darin zu unterstützen, ihre Stimme zu erheben, Kompetenzen zu erwerben und sich aktiv in die Gestaltung ihres Umfelds einzubringen. Auf diese Weise können sie Selbstwirksamkeit erfahren und ein Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln. Ein solcher Ansatz

erfordert eine Herangehensweise, in der die Geflüchteten anstatt als passive Empfänger\*innen von Unterstützungsleistungen als aktive Mitgestalter\*innen ihrer Lebenssituation gesehen werden.

*Beteiligung* ist eine Vorstufe von Partizipation. Menschen werden dabei in Entscheidungsprozesse einbezogen, ihnen werden aber keine Entscheidungsbefugnisse übertragen.<sup>5</sup> Dennoch können durch gezielte Beteiligungsmaßnahmen die Bedürfnisse und Anliegen der Bewohner\*innen systematisch erfasst und in Entscheidungsprozesse eingebracht werden. So können die Lebensverhältnisse in den Unterkünften bedarfsgerechter gestaltet und die Selbstbestimmung der Bewohner\*innen gestärkt werden.

In den letzten Jahren hat sich das Bewusstsein für die Bedeutung von Bewohner\*innenbeteiligung in Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung erhöht. In verschiedenen Unterkünften wurden Maßnahmen ergriffen, um die Beteiligung der Bewohner\*innen zu fördern und ihre Rechte zu stärken.

Auch wir als Fachzentrum Migration Integration (FMI) haben uns in den letzten Jahren diesem Thema zugewandt und Träger, Unterkünfte und Sozialarbeitende bei ihren Bestrebungen, partizipativer zu arbeiten, unterstützt.

1 Initiative Hochschullehrender zu Sozialer Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften: Positionspapier: Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften – Professionelle Standards und sozialpolitische Basis. Verfügbar unter: [https://www.fluechtlingssozialarbeit.de/Positionspapier\\_Soziale\\_Arbeit\\_mit\\_Gefl%C3%BChteten.pdf](https://www.fluechtlingssozialarbeit.de/Positionspapier_Soziale_Arbeit_mit_Gefl%C3%BChteten.pdf) [Zugriff am 16.05.2024].  
2 Sozialgesetzbuch Aches Buch (SGB VIII) - Kinder- und Jugendhilfe. § 8 Beteiligung von Kinder und Jugendlichen. Verfügbar unter: [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_8/\\_8.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/_8.html) [Zugriff am 25.06.2024].  
3 Landesaufnahmegesetz-Durchführungsverordnung, Anlage 4: Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung der sozialen Unterstützung durch Migrationssozialarbeit. Verfügbar unter: <https://bravors.brandenburg.de/sixcms/media.php/68/LaufnGDV-Anlage-4.pdf> [Zugriff am 16.05.2024]; (Punkt 2.1.4./5. 2).  
4 „Eine partizipative und diversitätsorientierte Einrichtungskultur schlägt sich u.a. in der Organisationskultur (Leitbild, Selbstverständnis und Haltung), in der Organisationsstruktur (Personal, Entscheidungsstrukturen), in der Kommunikation und Angebotsgestaltung nieder.“ Aus: Frizzi Heiner, Yana Kravtsova: Beteiligungsformate in Unterkünften für geflüchtete Menschen – Möglichkeiten und Herausforderungen. Verfügbar unter: <https://www.pufi.de/html/download.cms?datei=Beteiligungsformate-Handreichung-Version-Digital.pdf&id=101> [Zugriff am 16.05.2024].  
5 Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V. (BumF): Partizipation. Verfügbar unter: <https://b-umf.de/p/partizipation-2/> [Zugriff am 16.05.2024].

---

Im Rahmen der dazu stattgefundenen Austauschveranstaltungen, Workshops, Prozessbegleitungen und Beratungen kam immer wieder die Frage nach erfolgreichen Modellen in der Brandenburger Unterbringungspraxis auf.

Um den Bedarf an Praxisbeispielen zu decken, wollten wir einen Überblick über die Beteiligungsmöglichkeiten in Brandenburger Unterkünften erhalten. Es gab jedoch keine Daten über erprobte Praktiken und die damit gemachten Erfahrungen. Um dies nachzuholen, haben wir im vergangenen Jahr eine landesweite Umfrage unter Migrationssozialarbeitenden durchgeführt.

Eines unserer zentralen Anliegen war es, einen Überblick über die bereits etablierten Formen der Bewohner\*innenbeteiligung zu erhalten. Dabei ging es uns sowohl um formalisierte Strukturen sowie informelle Möglichkeiten der Mitgestaltung und Einflussnahme.<sup>6</sup> Gleichmaßen wichtig war es für uns, Potenziale für eine stärkere Einbindung der Bewohner\*innen zu identifizieren. Darüber hinaus galt unser Interesse der Frage, in welchen thematischen Bereichen die Fachkräfte der Migrationssozialarbeit eine Beteiligung überhaupt als umsetzbar und sinnvoll erachten.

Ein besonderes Augenmerk lag auf Bewohner\*innenvertretungen, da diese eine kontinuierliche Interessenvertretung mit Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten in zentralen Bereichen der Unterbringung ermöglichen.

Das Ziel der Umfrage bestand darin, den Status quo der Beteiligung von Geflüchteten in Unterkünften in Brandenburg zu ermitteln und bestehende Hindernisse aufzudecken. Darauf aufbauend sollen effektive Strategien entwickelt werden, um die Fachkräfte der Migrationssozialarbeit im Land zu motivieren und dabei zu unterstützen, Geflüchteten in Unterkünften zu mehr Mitspracherechten, Selbstbestimmung und Teilhabe an Entscheidungsprozessen zu verhelfen.

---

<sup>6</sup> In der Umfrage wurde nach Beteiligungsmöglichkeiten gefragt, also das Einbeziehen der Menschen in Entscheidungsprozesse, nicht aber das aktive Mitgestalten und Übertragen von Entscheidungsmacht. Dieser Fokus auf Beteiligung ermöglichte einen differenzierteren Einblick als bei einer Frage nach Partizipation, da Beteiligung die Einbindung in bestehende Prozesse meint, Partizipation hingegen das aktive Mitgestalten und die Übertragung von Entscheidungsmacht an die Bewohner\*innen impliziert.

# 2 Methodik

## Datengewinnung

Die Umfrage richtete sich an Fachkräfte der unterbringungsnahe Migrationssozialarbeit in Brandenburg. Diese Zielgruppe wurde aufgrund ihrer praxisnahen Expertise und fachlichen Kompetenz ausgewählt. Die in den Unterkünften tätigen Fachkräfte stehen nicht nur in direktem Kontakt mit den Bewohner\*innen und verfügen über einen umfassenden Einblick in die Partizipationsmöglichkeiten und die allgemeine Situation vor Ort. Ihre fachliche Qualifikation befähigt sie außerdem zu einer fundierten Einschätzung und Beurteilung der Lage.

Zur Datenerhebung wurde ein Fragebogen entwickelt und mithilfe des Online-Tools *Forms* umgesetzt. Dieser basierte auf einer umfassenden Literaturrecherche zu den Themen Partizipation und Beteiligung von Geflüchteten in Unterkünften. Ausgehend von der Recherche entstand ein detaillierter Fragekatalog. Um den knappen zeitlichen Ressourcen im Arbeitsalltag der Zielgruppe Rechnung zu tragen, beschränkten wir uns bei der finalen Fragebogengestaltung bewusst auf die wichtigsten Fragen. Um ein schnelles Ausfüllen zu ermöglichen, wurden offene Fragen qualitativer Natur ausgeschlossen. Stattdessen kamen quantitative Fragen mit Ankreuzmöglichkeiten zum Einsatz.

Um die zentralen Themen rund um Beteiligung und Partizipation von Geflüchteten in Unterkünften möglichst praxisnah abzubilden, orientierte sich die Auswahl und Ausgestaltung der Fragen am Erfahrungswissen des FMI. Der finale Fragebogen umfasste schließlich 21 Fragen mit verschiedenen Verzweigungen je nach Antwort (siehe Anhang). Somit war er nicht linear aufgebaut, sondern stellte unterschiedliche Folgefragen basierend auf den Antworten der Teilnehmenden. Je nach individueller Beantwortung umfasste der Fragebogen zwischen 11 und 16 Fragen, wobei 11 Fragen für alle Befragten gleich waren.

Der Fragebogen wurde zunächst über den Verteiler des FMI an Fachkräfte in den Bereichen Migration und Integration in Brandenburg verschickt sowie auf der eigenen Website beworben. In einem zweiten Schritt

wurden noch einmal gezielt Fachkräfte aus der unterbringungsnahe Migrationssozialarbeit, insbesondere aus Landkreisen angeschrieben, aus denen noch keine oder wenige Rückmeldungen gekommen waren. Der Befragungszeitraum erstreckte sich vom 26.07.2023 bis zum 13.10.2023.

## Grenzen der Umfrage

Eine solche standardisierte Online-Umfrage unter Fachkräften der Migrationssozialarbeit kann zwar einen guten Überblick über die Beteiligungsmöglichkeiten von Geflüchteten in Brandenburger Unterkünften liefern. Allerdings bleiben dabei einige wichtige Aspekte unberücksichtigt: Zum einen werden mit der Befragung nur die Perspektiven und Einschätzungen der Fachkräfte erfasst. Um ein vollständiges Bild zu erhalten, wären zusätzlich qualitative Interviews mit den geflüchteten Bewohner\*innen selbst notwendig. Zum anderen beschränkt sich die Umfrage auf geschlossene Fragen mit Ankreuzmöglichkeiten. Offene Fragen, die den Fachkräften Raum für ausführliche Schilderungen und Erläuterungen ihrer Praxiserfahrungen geben, wurden aus Gründen der Kürze des Fragebogens ausgelassen. Solche qualitativen Daten wären aber wichtig, um die Hintergründe und Kontextfaktoren für die Antworten zu verstehen. Auch Fallstudien in ausgewählten Unterkünften könnten zusätzliche Erkenntnisse liefern. Für ein umfassendes Verständnis der Partizipationsmöglichkeiten und -barrieren in Brandenburger Unterkünften sind weitere qualitative und quantitative Erhebungen auf Seiten der Fachkräfte und Bewohner\*innen notwendig.

## Stichprobe

Die Zielgruppe der Umfrage arbeitet in Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung nach § 9 LAufnG Brandenburg, also in Gemeinschaftsunterkünften, Übergangwohnheimen<sup>7</sup> oder

7 Grundsätzlich lässt sich sagen, dass es sich bei Gemeinschaftsunterkünften und Übergangwohnheimen meist um größere Einrichtungen handelt, in denen sowohl die Schlaf- als auch die Gemeinschaftsräume wie Küchen, Bäder und Aufenthaltsbereiche gemeinschaftlich genutzt werden. Obwohl Übergangwohnheime in der Regel kleiner sein sollten, zeigen die Umfrageergebnisse, dass die tatsächliche Größe nicht immer der Bezeichnung entspricht. So gibt es sowohl kleine Übergangwohnheime als auch große Einrichtungen, die als Übergangwohnheime bezeichnet werden, obwohl sie von ihrer Größe her eher Gemeinschaftsunterkünften ähneln.

Wohnungsverbänden<sup>8</sup>, nicht jedoch in Übergangswohnungen. Insgesamt haben 66 Personen den Fragebogen ausgefüllt. Von den 62 Personen, die Angaben zu ihrem Arbeitsort machten, sind 57 Personen in entsprechenden Einrichtungen tätig.

Mit 57 aus insgesamt 447 Personen, die derzeit in der unterbringungsnahen Migrationssozialarbeit in Brandenburg beschäftigt sind<sup>9</sup>, haben knapp 13 Prozent der in diesem Bereich tätigen Fachkräfte an der Umfrage teilgenommen. Nach dem Versand der Erinnerungsmail zur Umfrage gaben außerdem mehrere Fachkräfte an, dass bereits eine Person aus ihrer Einrichtung teilgenommen hat. Daher ist anzunehmen, dass in einigen Unterkünften darauf geachtet wurde, keine Doppelantworten abzugeben.

## Formen der Unterbringung

Von den 62 Personen, die die Frage nach dem Arbeitsort beantwortet haben, arbeiten 39 Personen, also 63 Prozent, in einer Gemeinschaftsunterkunft; weitere 13 Personen, sprich 21 Prozent, in einem Übergangwohnheim. 15 Personen, also 24 Prozent, arbeiten in einem Wohnungsverbund. [Abbildung 1] 10 Personen gaben an, in verschiedenen Unterkünften und Unterbringungsarten zu arbeiten.<sup>10,11</sup>

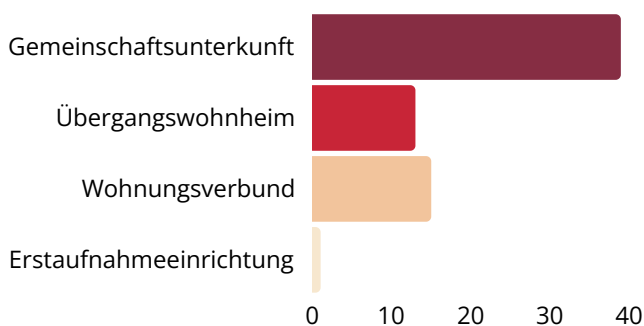


Abb. 1: Verteilung der Antworthäufigkeiten zur Frage „Wo arbeiten Sie?“ (Mehrfachauswahl möglich/absolute Häufigkeit)

Das heißt, mindestens 80 Prozent der Antworten kommen aus einem Umfeld, in dem sich die Bewohner\*innen die Schlaf- bzw. Wohn- und Aufenthaltsräume üblicherweise mit anderen teilen müssen. Die Bedingungen in den Unterkünften sind sehr unterschiedlich und hängen generell von den personellen, finanziellen und strukturellen Gegebenheiten ab.

Insgesamt gestalten sich die Lebensumstände in den Unterkünften und als Asylsuchende\*r in Deutschland äußerst herausfordernd und sind von starker Fremdbestimmung geprägt. Angesichts der psychischen

Belastungen durch die oft traumatischen Fluchterfahrungen wiegen diese schwierigen Umstände für die Bewohner\*innen umso schwerer. Um die negativen Folgen abzumildern und die Bedingungen erträglicher zu machen, kommt der Migrationssozialarbeit vor Ort eine Schlüsselrolle zu. Partizipative Ansätze bieten dabei einen wichtigen Hebel, um die Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung der Bewohner\*innen zu stärken und ihnen mehr Mitsprache in ihrem Alltag zu ermöglichen.

## Größe der Unterkünfte

Die Kapazitäten der Unterkünfte variieren sehr stark. Während einige Befragte Unterkünfte mit einer Belegung zwischen 100 und 150 Personen angaben (29 %), nannten andere Teilnehmende Einrichtungen mit einer Kapazität von 150 bis 200 Bewohner\*innen (17 %). Auch kleinere Unterkünfte wurden erwähnt, bei denen die Belegung unter 50 Personen (8 %) oder zwischen 50 und 100 Personen liegt (21 %). Darüber hinaus sind auch größere Einrichtungen vertreten, in denen mehr als 200 Personen untergebracht werden können (13 %). Beinahe jede zehnte Person nannte sehr große Unterkünfte, bei denen die Kapazitäten sogar 350 (3 %) oder 450 Personen (6 %) übersteigen.

## Funktion und Trägerschaft

Die Frage nach der eigenen Funktion haben 63 Personen beantwortet. 46 Prozent von ihnen sind derzeit als Einrichtungsleitung tätig; 83 Prozent davon bei einem freien Träger, 10 Prozent bei einem gewerblichen Träger und 7 Prozent in kommunaler Trägerschaft. Auffällig ist hierbei, dass jede dritte Einrichtungsleitung (31 %) eine Doppelfunktion innehat und auch als Sozialarbeiter\*in in der Einrichtung aktiv ist.<sup>12</sup>

59 Prozent gaben an, als Sozialarbeitende in der Unterkunft zu arbeiten. 65 Prozent davon arbeiten in freier Trägerschaft, 5 Prozent in gewerblicher und 27 Prozent in kommunaler Trägerschaft.

<sup>8</sup> In Wohnungsverbänden wohnen die Bewohner\*innen meist in eigenen oder geteilten Wohnungen, die in einem Verbund organisiert sind. Wohnungsverbände bieten den Bewohner\*innen in der Regel mehr Privatsphäre.

<sup>9</sup> Laut Daten des Landesamtes für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg (Stand: 08.05.2024), zur Verfügung gestellt vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

<sup>10</sup> Aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in Brandenburg hat lediglich eine Person an der Umfrage teilgenommen. Eine Erstaufnahmeeinrichtung ist die erste Unterkunft, in der Geflüchtete nach ihrer Ankunft in Brandenburg untergebracht werden. Im letzten Jahr wurde die gesetzliche Maximalverweildauer in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Brandenburg von maximal 18 auf 36 Monaten verlängert. Die Erstaufnahmeeinrichtung in Brandenburg besteht aus dem Ankunftszentrum in Eisenhüttenstadt und weiteren Standorten in Frankfurt/Oder und Wünsdorf (Zossen).

<sup>11</sup> Die restlichen Antworten kamen von zwei Personen aus der Verwaltung und jeweils einer Person aus der Jugendhilfe, einem Fachberatungsdienst und der ehrenamtlichen Beratungsarbeit.

<sup>12</sup> Wenn Einrichtungsleitungen gleichzeitig sozialarbeiterische Aufgaben übernehmen, kann dies zu Rollenkonflikten führen. Sie müssen dann einerseits für die Einhaltung von Regeln sorgen, andererseits aber auch unterstützend für die Bewohner\*innen tätig sein. Dies kann die Wahrnehmung ihrer Neutralität beeinträchtigen. Gleichzeitig liegen Einführung und Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten häufig in der Verantwortung (und im Ermessen) der jeweiligen Heimleitung.

## Geografische Verteilung

Die Tätigkeitsorte der befragten Personen in Brandenburg verteilen sich geografisch wie folgt: Die meisten Befragten sind in Potsdam-Mittelmark (13 Nennungen) und Potsdam (8 Nennungen) tätig. Weitere häufig genannte Regionen sind Märkisch-Oderland (7 Nennungen), Barnim, Teltow-Fläming, Oder-Spree (je 5 Nennungen) und Ostprignitz-Ruppin (4 Nennungen). Darüber hinaus wurden Dahme-Spreewald, Frankfurt (Oder), Havelland und Uckermark jeweils 3-mal genannt.

Seltener vertreten sind Elbe-Elster und Oberhavel (je 2 Nennungen) sowie Brandenburg an der Havel, Cottbus und die Prignitz (je 1 Nennung). Keine Nennungen gab es für die Landkreise Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße. Insgesamt zeigt sich, dass die Befragten über ein breites Spektrum an Regionen in Brandenburg verteilt sind, mit einem Schwerpunkt auf den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Potsdam und Märkisch-Oderland. [Abbildung 2]

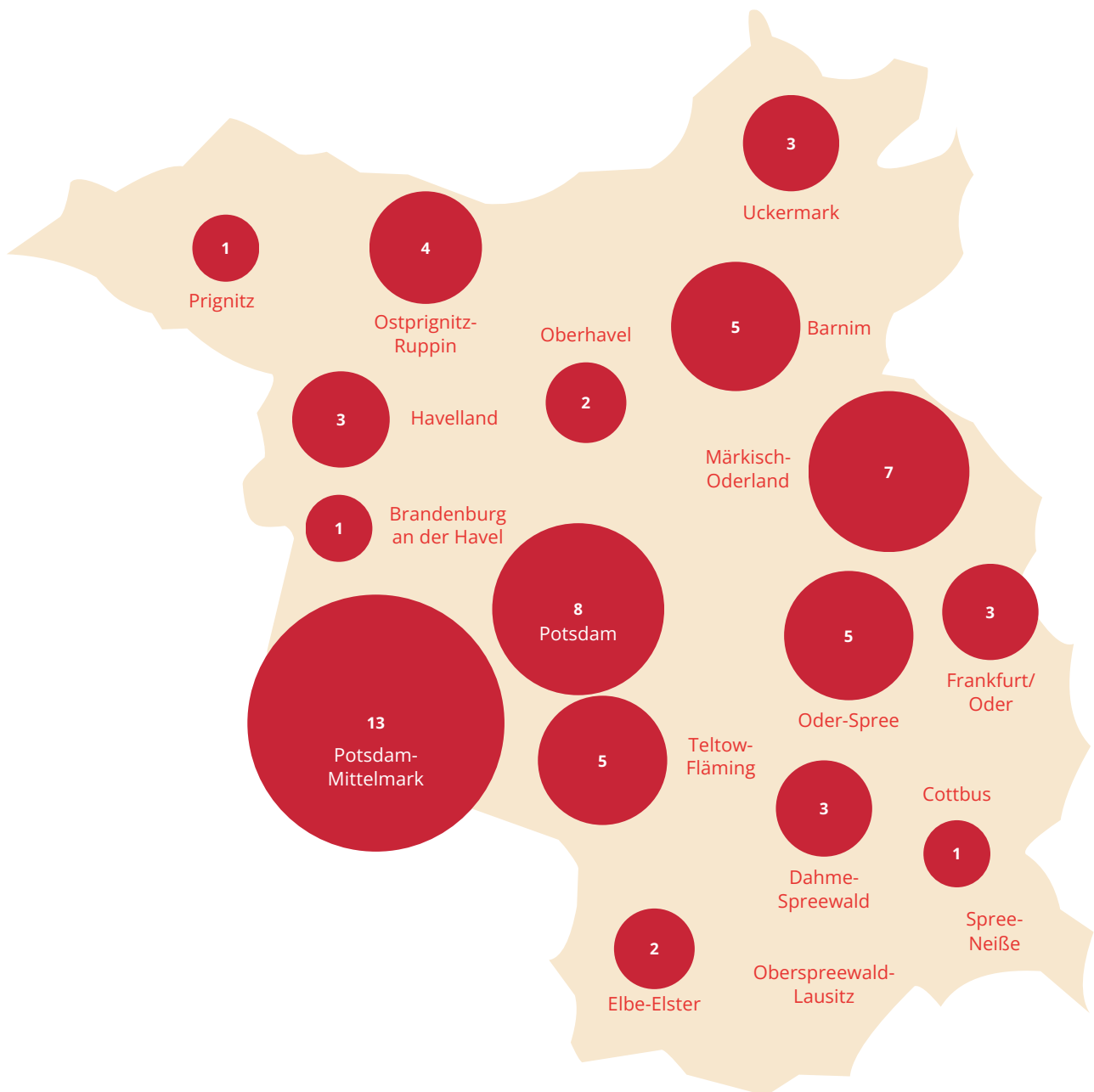


Abb. 2: Verteilung der Antworthäufigkeiten zur Frage „Wo in Brandenburg sind Sie tätig?“ (Mehrfachauswahl möglich/absolute Häufigkeit)

# 3 Ergebnisse

## Beteiligungsmöglichkeiten in der Unterkunft

Die ersten Fragen der Umfrage waren darauf ausgerichtet, einen Überblick über die Beteiligungsmöglichkeiten von Bewohner\*innen in Unterkünften der vorläufigen Unterbringung in Brandenburg zu erhalten. Dabei geht es sowohl um formalisierte Strukturen als auch um informelle Möglichkeiten der Mitgestaltung und Einflussnahme in verschiedenen Bereichen des Zusammenlebens.

Die Antworten geben Aufschluss darüber, welche Beteiligungsformen bereits etabliert sind und wo noch Potenzial für eine stärkere Einbeziehung der Bewohner\*innen besteht. Zudem wird deutlich, in welchen Themenfeldern die Fachkräfte die Beteiligung für besonders realisierbar und sinnvoll erachten.

## Versammlungs- und Beteiligungsstrukturen

63 Personen haben die Frage nach den Versammlungs- und Beteiligungsstrukturen in der Unterkunft beantwortet. Die am häufigsten genannte Struktur ist die Bewohner\*innenversammlung mit 48 Prozent. In knapp der Hälfte der Unterkünfte finden demnach für alle Bewohner\*innen offene Versammlungen statt.

Wie häufig bzw. regelmäßig diese Treffen stattfinden und wie sie gestaltet sind – ob in diesen gemeinsame Anliegen besprochen und Entscheidungen getroffen werden können, oder ob sie als reine Informationsweitergabemöglichkeit genutzt werden – lässt sich aus den Ergebnissen nicht ableiten.

Darüber hinaus gibt es in einigen Unterkünften auch spezifischere Beteiligungsformen wie Gruppentreffen für Personen mit gemeinsamen Bedarfen (25 %) sowie Bewohner\*innen-, Etagen- und Gruppen-Sprecher\*innen (zusammen 25 %). Einige Unterkünfte haben auch ein partizipatives Gremium in Form eines Heimbeirats (13 %). Zudem gibt es in manchen Unterkünften Begegnungsmöglichkeiten in Form von Etagen-Treffen (10 %) und Sprach-Cafés (6 %). Allerdings gaben 24 Prozent an, dass es in ihrer Unterkunft keinerlei Versammlungs- oder Beteiligungsstrukturen gibt. [Abbildung 3]

Die Möglichkeit der Freitextangabe des Umfrage-Formular unter „Sonstiges“ nutzten einige Teilnehmende, deren Unterkünfte nach eigenen Angaben keine oder wenige Beteiligungsmöglichkeiten aufweisen, um auf die Sprechzeiten und die Anwesenheit der Sozialarbeitenden zu verweisen. Auch Informationsveranstaltungen wurden an dieser Stelle vereinzelt genannt.

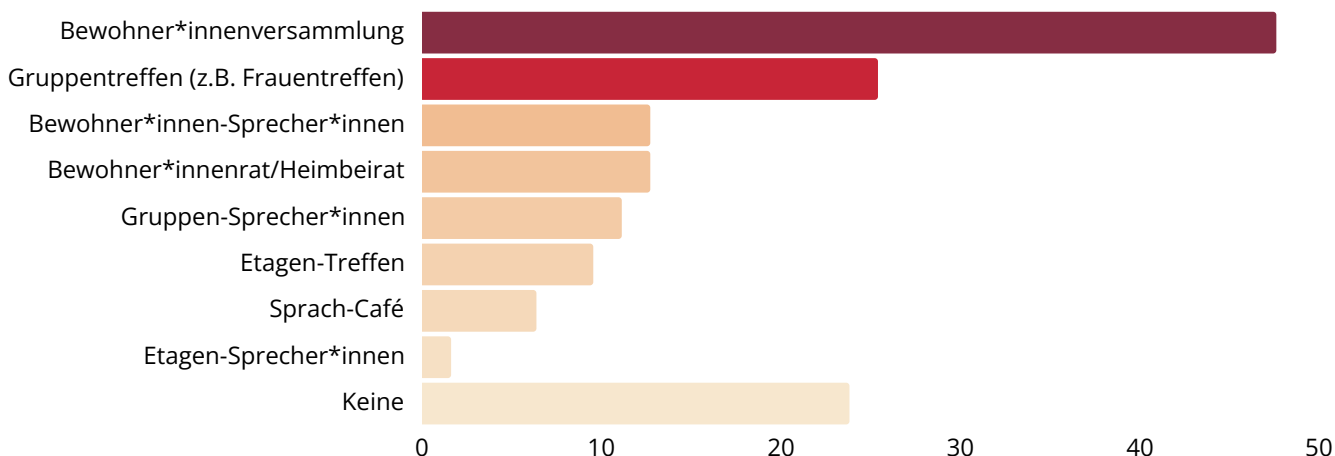


Abb. 3: Verteilung der Antworthäufigkeiten zur Frage „Welche Versammlungs- und/oder Beteiligungsstrukturen gibt es in Ihrer Unterkunft?“ (Mehrfachauswahl möglich/in Prozent)



Dies lässt darauf schließen, dass die befragten Fachkräfte ihre eigene Anwesenheit, die Sprechzeiten und die damit einhergehenden Kontakt- und Austauschmöglichkeiten als wichtigen oder sogar wichtigsten Aspekt der Bewohner\*innenbeteiligung verstehen. Dies deutet darauf hin, dass ein Teil der Fachkräfte Partizipation eher im Sinne eines direkten Dialogs und Austausches mit den Bewohner\*innen auffasst, als in Form von formalisierten Strukturen und Gremien.

## Auswahl- und Ausgestaltungsmöglichkeiten

Die Frage nach den Bereichen, in denen sich die Bewohner\*innen an Auswahl und Ausgestaltung beteiligen können, beantworteten 64 Personen. Am häufigsten wurden die Möglichkeiten zur Mitgestaltung von Freizeitangeboten (70 %), der Nutzung der Außenanlage (67 %) sowie der Gestaltung und Nutzung von Gemeinschaftsräumen (64 %) genannt.

Darüber hinaus können sich die Bewohner\*innen in vielen Unterkünften ebenfalls bei anderen Fragen der Unterkunft, wie Sauberkeit, Rauchbereiche oder Waschmaschinennutzung, einbringen (58 %).

Auch bei Bildungsangeboten (42 %), Fragen der Betreuung (31 %) und dem Gewaltschutzkonzept (23 %) haben die Bewohner\*innen oftmals Mitsprachemöglichkeiten.

Etwas seltener wird eine Beteiligung beim Zugang zur Unterkunft, z.B. den Besuchszeiten (22 %), der Hausordnung (20 %) und Fragen der Belegung (20 %) ermöglicht. Lediglich 5 Prozent der Befragten gaben an, dass es in ihrer Unterkunft keinerlei Bereiche gibt, an denen sich die Bewohner\*innen an Auswahl und Ausgestaltung beteiligen können. [Abbildung 4]

Interessanterweise haben diejenigen, die bei der vorherigen Frage angaben, keine Beteiligungs- oder Versammlungsstrukturen zu haben (15 Nennungen/24 %), Beteiligungsbereiche angegeben; insbesondere Gestaltung und Nutzung der Gemeinschaftsräume (40 %) und der Außenanlage (53 %), Freizeitangebote (33 %), anderen Fragen der Unterkunft, wie Sauberkeit, Rauchbereiche oder Waschmaschinennutzung (27 %) und Bildungsangebote (20 %).

Dies deutet darauf hin, dass die Beteiligung über den persönlichen Kontakt mit der Einrichtungsleitung oder den sozialpädagogischen Fachkräften erfolgt und nicht immer in formalisierten Strukturen stattfindet.

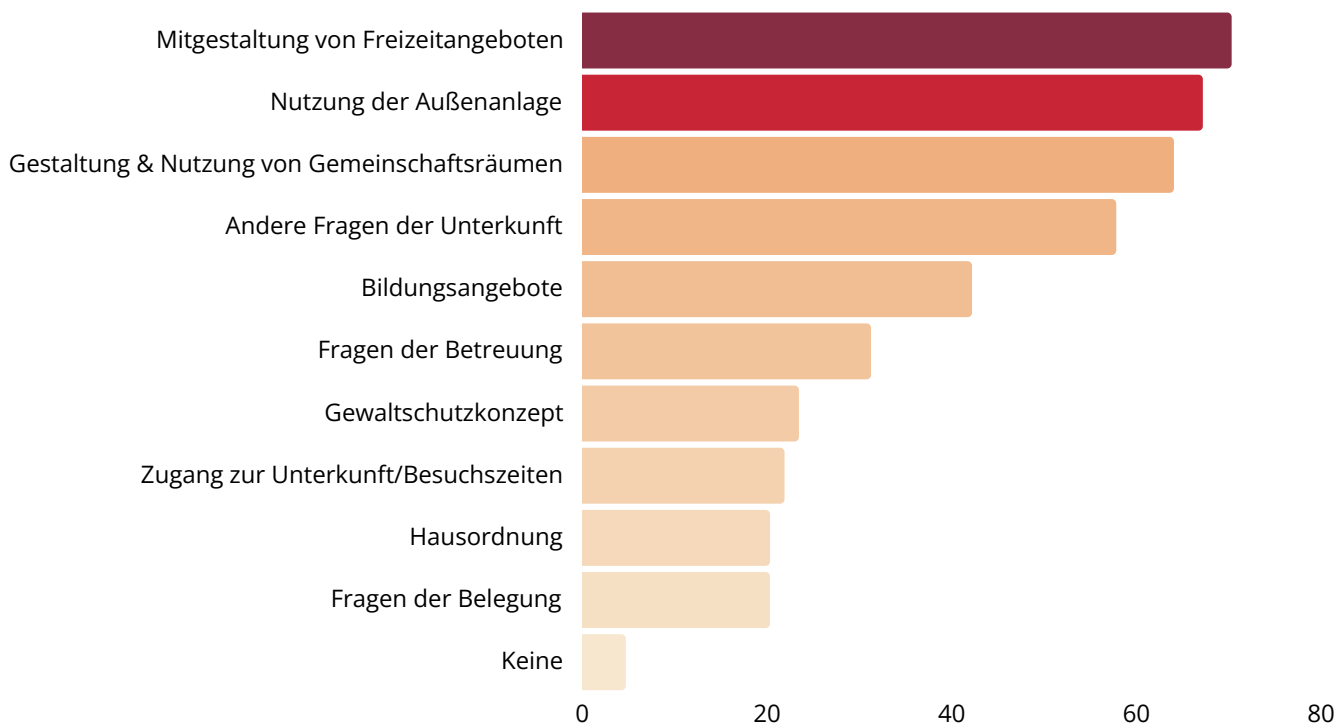


Abb. 4: Verteilung der Antworthäufigkeiten zur Frage „In welchen Bereichen können sich die Bewohner\*innen an Auswahl und Ausgestaltung beteiligen?“ (Mehrfachauswahl möglich/in Prozent)

## Potenziale der Bewohner\*innenbeteiligung

In der sozialarbeiterischen Praxis zeigt sich oft eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Daher wurde in der Umfrage erhoben, in welchen Bereichen die Fachkräfte eine Beteiligung der Bewohner\*innen als tatsächlich umsetzbar und zielführend ansehen.

Die Ergebnisse zeigen, dass viele Fachkräfte durchaus Potenziale in der Beteiligung der Bewohner\*innen sehen, auch wenn die Realität in den Unterkünften oft anders aussieht. Je nach Themenfeld variieren die Einschätzungen. [Abbildung 5]

Besonders hohe Zustimmung erfährt die Beteiligung bei der Informationsweitergabe in beide Richtungen<sup>13</sup>, der Unterstützung neuer Bewohner\*innen<sup>14</sup> sowie der Annahme von Beschwerden und Anregungen<sup>15</sup>. Hier halten jeweils 30 bis 40 Prozent der Befragten eine Einbeziehung der Bewohner\*innen für realisierbar und sinnvoll.

Auch bei der Vermittlung an die richtigen Stellen<sup>16</sup> sowie der Vermittlung bei Konflikten<sup>17</sup> sieht ein Drittel der Fachkräfte dieses Potenzial, auch wenn hier die Meinungen stärker geteilt sind und 8 Prozent der Befragten dies als weder sinnvoll noch umsetzbar einschätzen.

Etwas skeptischer sind die Befragten bei der Vorbereitung und Durchführung von Bewohner\*innenversammlungen<sup>18</sup> sowie der Wahl einer Bewohner\*innenvertretung<sup>19</sup>. Hier überwiegt die Einschätzung, dass eine Beteiligung zwar sinnvoll wäre, in der Praxis aber auf Hürden stoßen würde.

Am meisten Zustimmung als sinnvoll erfährt die Beteiligung bei der Mitwirkung an Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation<sup>20</sup> sowie der Mitarbeit an und Organisation von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe<sup>21</sup>.

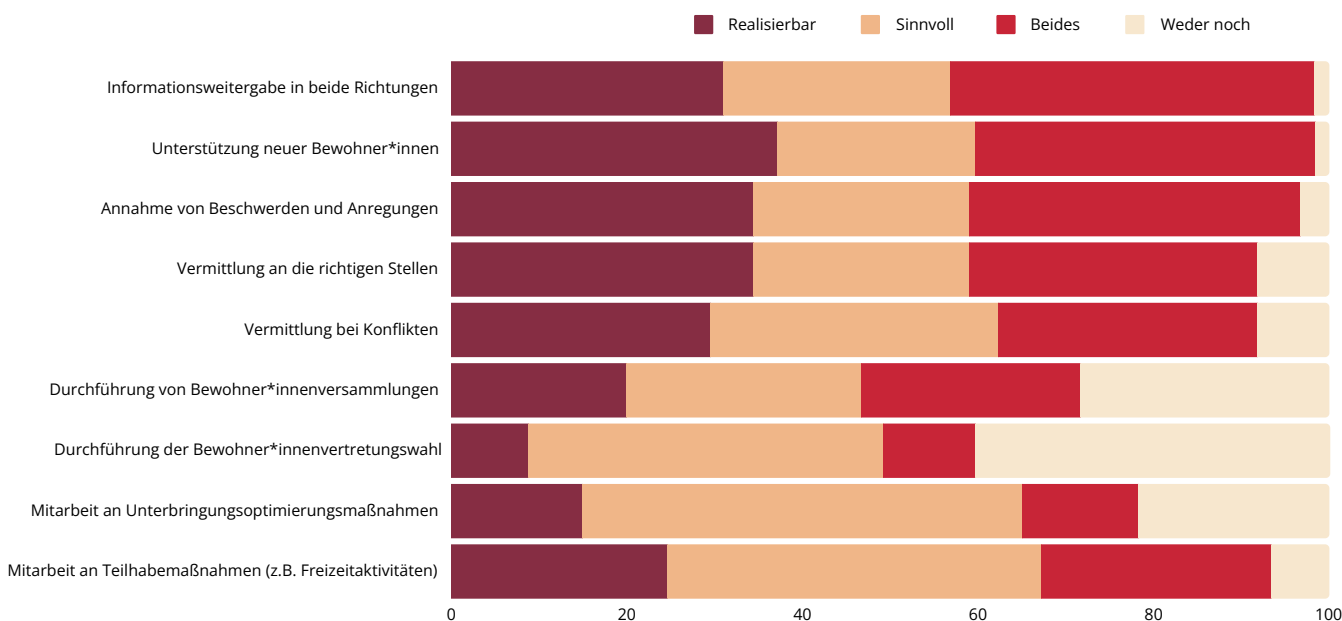


Abb. 5: Verteilung der Antworthäufigkeiten zur Frage „In welchen Bereichen halten sie die Beteiligung der Bewohner\*innen für realisierbar und/oder sinnvoll?“ (in Prozent)

13 Informationsweitergabe in beide Richtungen [58 Antworten]: Ein großer Teil der Befragten hält eine Informationsweitergabe in beide Richtungen für realisierbar und sinnvoll (41 %). 31 Prozent halten dies zwar für realisierbar, sehen es aber nicht zwangsläufig als sinnvoll an. Für 26 Prozent ist die Informationsweitergabe in beide Richtungen lediglich sinnvoll, aber nicht unbedingt realisierbar. Lediglich 2 Prozent gaben an, weder die Realisierbarkeit noch die Sinnhaftigkeit einer Informationsweitergabe in beide Richtungen zu sehen.

14 Unterstützung neuer Bewohner\*innen [62 Antworten]: Über ein Drittel der Befragten hält eine Beteiligung der Bewohner\*innen bei der Unterstützung neuer Bewohner\*innen für realisierbar und sinnvoll (39 %). 37 Prozent halten eine solche Beteiligung zwar für realisierbar, aber nicht unbedingt für sinnvoll. Für 23 Prozent ist die Beteiligung der Bewohner\*innen sinnvoll, aber scheinbar praktisch nicht umsetzbar.

15 Annahme von Beschwerden und Anregungen [61 Antworten]: Über ein Drittel der Befragten hält eine Beteiligung der Bewohner\*innen im Beschwerdemanagement für realisierbar und sinnvoll (38 %). 34 Prozent sehen die Beteiligung zwar als realisierbar an, halten sie aber nicht zwangsläufig für sinnvoll. Für 25 Prozent ist eine Einbeziehung der Bewohner\*innen lediglich sinnvoll, aber nicht unbedingt realisierbar. Lediglich 3 Prozent gaben an, weder die Realisierbarkeit noch die Sinnhaftigkeit einer Bewohner\*innenbeteiligung im Beschwerdemanagement zu sehen.

16 Vermittlung der Bewohner\*innen an die richtigen Stellen [61 Antworten]: Hier sieht ein Drittel der Befragten die Beteiligung der Bewohner\*innen als realisierbar und sinnvoll (33 %). Ein weiteres Drittel (34 %) hält dies zwar für umsetzbar, aber nicht für zielführend. Für 25 Prozent wäre eine Bewohner\*innenbeteiligung in diesem Bereich sinnvoll, aber praktisch nicht machbar. 8 Prozent halten es für weder sinnvoll noch realisierbar.

17 Vermittlung bei Konflikten [61 Antworten]: 30 Prozent der Befragten halten eine Beteiligung der Bewohner\*innen bei der Vermittlung bei Konflikten für realisierbar; 33 Prozent für sinnvoll. 30 Prozent halten es für realisierbar und sinnvoll. Lediglich 8 Prozent sind nicht der Meinung, es sei realisierbar und/oder sinnvoll.

18 Durchführung von Bewohner\*innenversammlungen [60 Antworten]: Hier zeigen sich ganz unterschiedliche Meinungen. Von den Befragten halten ein Viertel eine Bewohner\*innenbeteiligung für realisierbar und sinnvoll (25 %). 27 Prozent der Befragten halten hier eine Beteiligung der Bewohner\*innen für sinnvoll, sehen aber praktische Hürden bei der Umsetzung. 20 Prozent hingegen sehen die Beteiligung der Bewohner\*innen zwar als praktisch machbar an, halten sie aber nicht für zielführend oder sinnvoll. 28 Prozent sind von der Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit in diesem Bereich nicht überzeugt.

19 Vorbereitung und Durchführung der Bewohner\*innenvertretung-Wahl [57 Antworten]: Die Meinungen sind hier etwas gemischter. 40 Prozent der Befragten sehen dies zwar als sinnvoll, jedoch nur 9 Prozent als realisierbar und lediglich 11 Prozent als realisierbar und sinnvoll. 40 Prozent halten es für weder sinnvoll noch realisierbar.

20 Mitwirkung und Beantragung von Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation [60 Antworten]: Die Hälfte der Befragten hält eine Beteiligung der Bewohner\*innen in diesem Bereich für sinnvoll (50 %). Allerdings halten lediglich 15 Prozent die Beteiligung in diesem Bereich für realisierbar, nur 13 Prozent für realisierbar und sinnvoll. 22 Prozent gaben „weder noch“ an.

21 Mitarbeit an und Organisation von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe, z.B. Freizeitaktivitäten [61 Antworten]: Hier sehen fast die Hälfte der Befragten die Beteiligung der Bewohner\*innen als sinnvoll (43 %) oder realisierbar (25 %); jedoch lediglich 26 Prozent als beides. Allerdings sind auch nur 7 Prozent der Meinung, es sei weder sinnvoll noch realisierbar.

Zwar sehen 50 Prozent der Fachkräfte die Beteiligung der Bewohner\*innen bei Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation als sinnvoll an, umsetzbar halten diese jedoch nur 15 Prozent. Dies spiegelt sich auch in anderen abgefragten Bereichen wider: 20 bis 50 Prozent der Fachkräfte sehen zwar den Sinn, aber scheinbar nicht die Umsetzbarkeit gegeben.

Interessanterweise sehen auch einige Befragte aus Unterkünften ohne Beteiligungsstrukturen durchaus Potenzial in einer Einbeziehung der Bewohner\*innen – insbesondere in den Bereichen Informationsweitergabe, Unterstützung neuer Bewohner\*innen und Konfliktvermittlung.<sup>22</sup>

Wiederum sieht ein Viertel bis ein Drittel der Fachkräfte zwar die Umsetzbarkeit gegeben<sup>23</sup>, erkennt aber augenscheinlich keinen Sinn in der Beteiligung der Bewohner\*innen in den abgefragten Bereichen.

Der größere Anteil der Fachkräfte (50 bis 69 Prozent) sieht jedoch in allen abgefragten Bereichen einen Sinn in der Beteiligung der Bewohner\*innen – auch wenn einige von ihnen anscheinend nicht denken, dass diese in der Praxis realisierbar ist.

## Zusammenfassung Beteiligungsmöglichkeiten

Die bisherigen Umfrageergebnisse zeigen, dass es in den meisten Brandenburger Unterkünften verschiedene Formen von Versammlungs- und Beteiligungsstrukturen gibt, die den Bewohner\*innen Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitgestaltung eröffnen sollen. Am weitesten verbreitet sind offene Bewohner\*innenversammlungen, die in knapp der Hälfte der Unterkünfte stattfinden. Darüber hinaus gibt es auch spezifischere Beteiligungsformen wie Gruppentreffen für Personen mit gemeinsamen Bedarfen, Bewohner\*innen-, Etagen- und Gruppen-Sprecher\*innen sowie in einigen Fällen partizipative Gremien wie Heimbeiräte. Auch Begegnungsmöglichkeiten in Form von Etagen-Treffen und Sprach-Cafés wurden genannt. Allerdings existieren in fast einem Viertel der befragten Unterkünfte keinerlei Versammlungs- oder Beteiligungsstrukturen.

Dass es mehr Beteiligungsbereiche als -strukturen gibt, deutet darauf hin, dass die Mitsprache der Bewohner\*innen vielerorts über den persönlichen Kontakt zur Einrichtungsleitung oder den sozialpädagogischen Fachkräften erfolgt. Auch der Verweis auf die Anwesenheit der Fachkräfte und die Sprechstunden in den Freitextangaben lassen darauf schließen, dass ein Teil der Fachkräfte Partizipation eher

im Sinne eines direkten Dialogs und Austausches mit den Bewohner\*innen auffasst, als in Form von formalisierten Strukturen und Gremien. Diese Auffassung von Partizipation birgt Risiken: Ohne feste Strukturen hängt die Beteiligung stark von den individuellen Fähigkeiten und dem Engagement der Fachkräfte ab.

Insgesamt zeigt sich, dass es durchaus Ansätze zur Beteiligung der Bewohner\*innen gibt, diese aber sehr unterschiedlich ausgeprägt sind und in einigen Unterkünften noch Verbesserungspotenzial besteht.

Darüber hinaus zeigt die Auswertung, dass der Großteil der Fachkräfte die Bewohner\*innen als kompetente Partner\*innen wahrnehmen, die einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung des Zusammenlebens leisten können. Einige Fachkräfte scheinen aber auch keinen Sinn in einer Beteiligung der Bewohnerschaft in den abgefragten Bereichen zu sehen. Zudem machen die Ergebnisse Herausforderungen deutlich, die mit einer Umsetzung von Beteiligungsmaßnahmen verbunden wären.

---

<sup>22</sup> Interessant ist es an dieser Stelle noch einmal gesondert auf die Personen zu schauen, die angaben, keine Beteiligungsstrukturen in ihrer Unterkunft zu haben (15 Nennungen/24 %). Denn einige von ihnen halten verschiedene Beteiligungsbereiche durchaus für sinnvoll und realisierbar: Beispielsweise die Informationsweitergabe (40 %), die Annahme von Beschwerden (47 %), die Unterstützung neuer Bewohner\*innen (47 %), die Vermittlung der Bewohner\*innen an die richtigen Stellen (47 %) und die Vermittlung bei Konflikten (33 %). Lediglich die Mitwirkung und Beantragung von Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation und die Mitarbeit an und Organisation von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe (jeweils 20 %), die Durchführung von Bewohner\*innenversammlungen (13 %) sowie die Durchführung einer Bewohner\*innenvertretungswahl (7 %) halten die wenigsten von ihnen für realisierbar und sinnvoll.

<sup>23</sup> Neben Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation (15 %) stellen auch die Durchführung von Bewohner\*innenversammlungen (20 %) und die Vorbereitung und Durchführung einer Bewohner\*innenvertretungswahl (9 %) Ausnahmen dar.

## Beschwerdemanagement

Beschwerden sind ein wichtiger Bestandteil partizipativer Ansätze. Und auch Anlage 4 der Landesaufnahmegesetz-Durchführungsverordnung sieht „die Unterstützung der Einrichtung und Anwendung eines niedrighschwelligen, gegebenenfalls zielgruppenausgerichteten Beschwerdemanagements, insbesondere einer unabhängigen Beschwerdestelle gegen Gewalt in den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung“<sup>24</sup> vor.

Basierend auf den 64 Antworten zu den Aspekten des Beschwerdeverfahrens in den Einrichtungen lässt sich Folgendes zusammenfassen: Die am häufigsten genannte Komponente ist, dass es in den Einrichtungen einen Briefkasten für Beschwerden gibt (84 %). Darüber hinaus gaben 67 Prozent der Befragten an, dass alle Bewohner\*innen über ihr Beschwerderecht und das Verfahren informiert sind. Auch die Einrichtungsleitung als Ansprechperson für Beschwerden wurde von 64 Prozent genannt.

Dies zeigt, dass in den meisten Einrichtungen die Möglichkeit für schriftliche und mündliche Beschwerden grundsätzlich gegeben ist.

Die Umfrageergebnisse zeigen jedoch Verbesserungspotenzial: Nur 30 Prozent der Befragten gaben an, dass es eine unabhängige Beschwerdestelle oder Ombudperson gibt. In lediglich 28 Prozent der befragten Unterkünfte gibt es eine\*n Beschwerdemanagement-Verantwortliche\*n im Team. Auch die Dokumentation und Evaluation aller Beschwerden (58 %) sowie die Einbindung in die Qualitätsentwicklung (41 %) werden nicht überall umgesetzt. Zudem berichten 31 Prozent der Befragten, dass das implementierte Beschwerdeverfahren unzureichend oder gar nicht genutzt wird. In 9 Prozent der Fälle gibt es gar kein etabliertes Beschwerdeverfahren. [Abbildung 6]

Insgesamt zeigt sich, dass in den meisten Einrichtungen Strukturen für ein Beschwerdemanagement vorhanden sind, jedoch Handlungsbedarf bei der Umsetzung und Nutzung besteht.

24 Landesaufnahmegesetz-Durchführungsverordnung, Anlage 4: Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung der sozialen Unterstützung durch Migrationssozialarbeit. Verfügbar unter: <https://bravors.brandenburg.de/sixcms/media.php/68/LaufnGDV-Anlage4.pdf> [Zugriff am 16.05.2024]; (Punkt 2.1.11/S. 2).

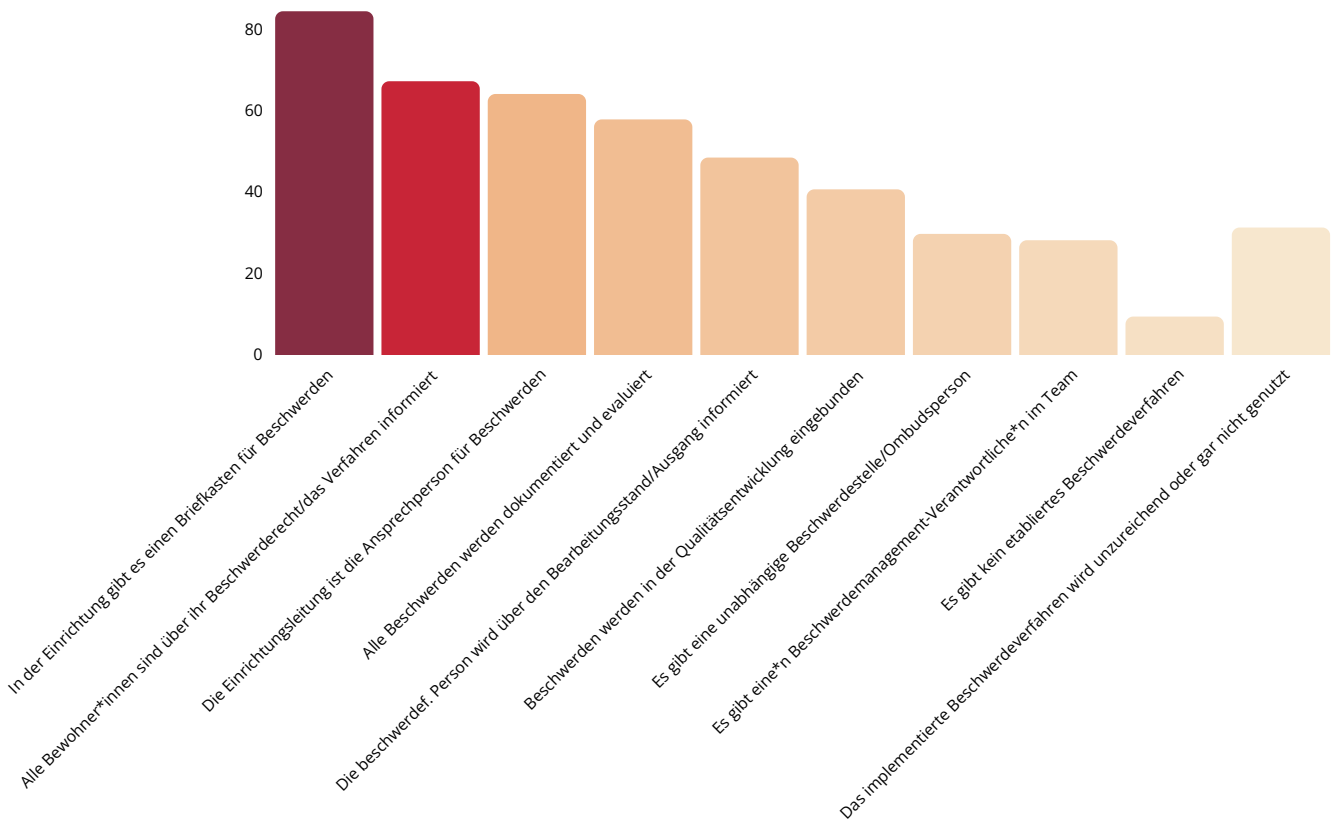


Abb. 6: Verteilung der Antworthäufigkeiten zur Frage „Welche Aspekte treffen auf das Beschwerdeverfahren in Ihrer Einrichtung zu?“ (Mehrfachauswahl möglich/in Prozent)

## Partizipatives Gremium / Heimbeirat

Die Frage nach einer Bewohner\*innenvertretung in Form eines partizipativen Gremiums haben 61 Personen beantwortet. Die Mehrheit von ihnen (59 %) gab an, dass es in ihrer Unterkunft kein partizipatives Gremium wie einen Heimbeirat gibt. 10 Prozent der Befragten hatten zwar früher ein solches Gremium, dieses existiert aber nicht mehr. Allerdings zeigt sich auch, dass in einigen Unterkünften durchaus Bestrebungen zur Einrichtung eines Heimbeirats bestehen: 11 Prozent gaben an, dass die Überlegung besteht, ein solches Gremium aufzubauen.

Ebenfalls 11 Prozent der Befragten berichteten, dass es in ihrer Unterkunft ein partizipatives Gremium gibt. Weitere 8 Prozent gaben an, dass es zwar theoretisch ein solches Gremium gibt, dieses in der Praxis aber nicht funktioniert. Dies deutet darauf hin, dass die bloße Existenz eines Heimbeirats nicht automatisch eine gelebte Partizipationskultur bedeutet. Keine der Unterkünfte verfügt laut den Angaben über mehrere Bewohner\*innenvertretungen, etwa getrennt nach Alter oder Geschlecht.

Zusammengefasst zeigt sich, dass in der Mehrheit der Unterkünfte laut den Umfrageergebnissen keine partizipativen Gremien als Bewohner\*innenvertretung vorhanden sind. Allerdings gibt es auch Einrichtungen, die solche Strukturen hatten, haben, aufbauen oder zumindest darüber nachdenken. Die Umsetzung in der Praxis scheint jedoch teilweise noch Herausforderungen zu bergen.

## Initiator\*innen der Heimbeiräte

Von den 30 Prozent bzw. 18 Personen<sup>25</sup>, in deren Unterkünften es einen Heimbeirat gibt oder gab, antworteten 44 Prozent, dass das Gremium auf Initiative der Heimleitung entstanden ist. Ein Drittel der Befragten (33 %) berichtete, dass es auf Initiative des Trägers ins Leben gerufen wurde. Seltener wurde angegeben, dass der Heimbeirat auf die Initiative der Sozialarbeitenden (22 %), durch Selbstermächtigung der Bewohner\*innen oder durch eine Wahl (je 17 %) zustande gekommen ist. Auch die Initiative der kommunalen Integrationsbeauftragten (6 %) und von Ehrenamtlichen (6 %) wurden vereinzelt genannt.

Die Ergebnisse zeigen, dass Heimbeiräte in den meisten Fällen von der Einrichtungsleitung oder dem Träger angestoßen werden. Nur in wenigen Fällen gehen sie auf die Eigeninitiative der Bewohner\*innen oder der Sozialarbeitenden zurück. Dies deutet darauf hin, dass die Etablierung solcher Gremien häufig eher von oben

initiiert wird, als dass sie aus einer echten Beteiligungskultur heraus entstehen.

## Größe der Heimbeiräte

Die Angaben zur Anzahl der aktiv beteiligten Personen in den Heimbeiräten variieren stark. Einige Befragte gaben an, dass es 3-10 Personen sind, andere nannten eine Spanne von 1-5 Personen. Vereinzelt wurde auch eine konkrete Zahl von 2 oder 1-3 Personen genannt. Darüber hinaus gab es eine allgemeinere Antwort, dass das Gremium sowohl Ehrenamtliche als auch Bewohner\*innen umfasst. Eine Befragte antwortete, dass die Größe sehr stark variiert, was die Bandbreite der Angaben unterstreicht. Eine Antwort nannte eine Größe von 9 Personen. Eine andere Antwort gab an, dass faktisch keine Person im Gremium aktiv war. Weiterhin wurde berichtet, dass zunächst eine Person als Sprecherin fungierte, dieses Amt aber nach kurzer Zeit wieder niederlegte, da es als zu schwierig empfunden wurde. Schließlich gab es noch eine Nennung von 10 Personen, die im Gremium aktiv waren.

Insgesamt lässt sich aus den Antworten keine eindeutige, repräsentative Größe für die Gremien ableiten. Die Besetzung scheint von Unterkunft zu Unterkunft sehr unterschiedlich (gewesen) zu sein, wobei es teilweise auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu geben scheint.

## Zusammensetzung der Heimbeiräte

Die Mehrheit der Befragten gab an, dass die Mitglieder des Heimbeirats auf Eigeninitiative bzw. durch freiwillige Meldung bestimmt werden (81 %). Darüber hinaus wurde die Berücksichtigung von Sprachgruppen (19 %), Nationalitäten (25 %) und des Geschlechts (13 %) als Kriterium für die Zusammensetzung genannt. Andere Kriterien wie Alter (6 %), Zugehörigkeit zu bestimmten Stockwerken/Häusern (6 %) oder Religion (keine Nennung) waren wenig oder gar nicht relevant.

Insgesamt zeigt sich, dass die Zusammensetzung des Gremiums vor allem durch die freiwillige Meldung der Bewohner\*innen geprägt war. Darüber hinaus spielten in einigen Fällen auch Aspekte wie Diversität und Repräsentation eine Rolle, um eine möglichst inklusive Vertretung zu erreichen.

25 Von den 18 befragten Personen haben 7 derzeit einen Heimbeirat. Weitere 5 Personen haben angegeben, dass sie theoretisch einen Heimbeirat haben, praktisch jedoch nicht. 6 Personen haben derzeit keinen Heimbeirat, hatten jedoch in der Vergangenheit einen.

## Turnus der Heimbeiratssitzungen

Laut den Angaben treffen sich die Heimbeiräte in einigen Fällen einmal im Monat (35 %) oder mehrmals im Monat (18 %). Dies deutet auf eine regelmäßige, relativ häufige Zusammenkunft hin. Daneben gibt es aber auch Fälle, in denen das Gremium nur mehrmals im Jahr (18 %) oder unregelmäßig (24 %) zusammenkommt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Häufigkeit der Treffen stark variiert. Während in einigen Einrichtungen ein monatlicher oder sogar mehrmonatlicher Rhythmus besteht, tagt das Gremium in anderen Fällen deutlich seltener oder unregelmäßig. Ein einheitliches Muster lässt sich aus den Informationen nicht ableiten. Die Unterschiede deuten darauf hin, dass die Aktivität und Regelmäßigkeit der Heimbeiräte davon abhängen, ob sich Personen aus den Fachkräften, Ehrenamtlichen oder Bewohner\*innen aktiv um die Koordination und Durchführung der Treffen kümmern. Auch externe Unterstützung bei der Organisation kann eine Rolle spielen.

## Aufgaben der Heimbeiräte

Die am häufigsten von den Heimbeiräten übernommenen Aufgaben sind die Informationsweitergabe in beide Richtungen (83 %) sowie die Annahme von Beschwerden und Anregungen (83 %).

Dies deutet darauf hin, dass die Gremien einen wichtigen Kommunikationskanal zwischen Bewohner\*innen und Migrationssozialarbeit darstellen.

Weitere zentrale Aufgaben der Gremien sind die Unterstützung neuer Bewohner\*innen (56 %), die Mitarbeit an und Organisation von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe, z.B. Freizeitaktivitäten (50 %) und die Vermittlung bei Konflikten (50 %).

Seltener wurden Aufgaben wie die Vorbereitung und Durchführung von Bewohner\*innenversammlungen (33 %), die Vermittlung der Bewohner\*innen an die richtigen Stellen (28 %) und die Mitwirkung und Beantragung von Verbesserungsmaßnahmen (22 %) genannt. Nur 6 Prozent gaben die Berichterstattung und Dokumentation der eigenen Tätigkeiten an. Auch die Vorbereitung und Durchführung der Bewohner\*innenvertretungswahl (17 %) wurde seltener erwähnt. [Abbildung 7]

Insgesamt zeigt sich, dass die Bewohner\*innenvertretung vor allem als Informations- und Kommunikationsschnittstelle sowie als Unterstützungs- und Vermittlungsinstanz fungiert. Ihre Rolle bei der Mitgestaltung und Verbesserung der Unterbringungssituation scheint dagegen etwas weniger ausgeprägt zu sein.

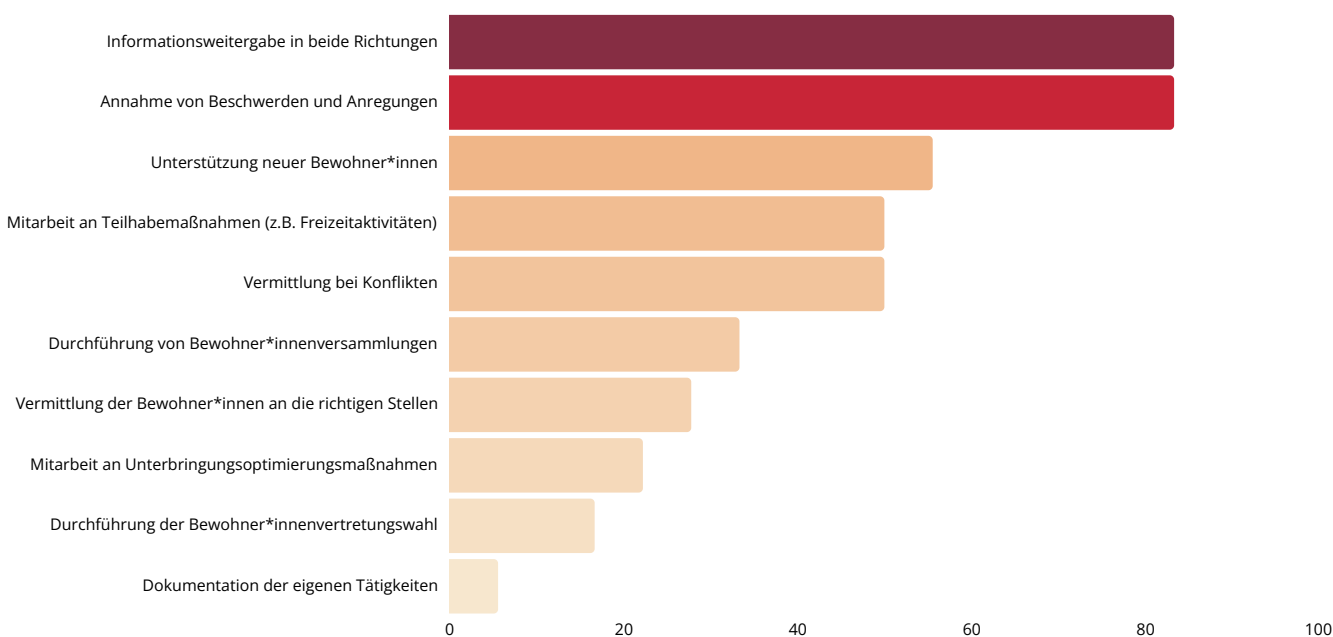


Abb. 7: Verteilung der Antworthäufigkeiten zur Frage „Welche konkreten Aufgaben übernimmt/übernahm die Bewohner\*innenvertretung bei Ihnen in der Unterkunft?“ (Mehrfachauswahl möglich/in Prozent)

## Hürden für Heimbeiräte in der Praxis

Die bisher dargestellten Antworten lassen erkennen, dass die Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten in der Praxis durchaus Herausforderungen mit sich bringt. Um diese Hürden näher zu beleuchten, wurden die Umfrageteilnehmer\*innen gebeten, mögliche Hindernisse zu bewerten und deren Relevanz einzuschätzen.

Basierend auf den Ergebnissen sehen die Befragten folgende Aspekte als besonders relevante Stolpersteine bei der Etablierung von Bewohner\*innenvertretungen in ihren Einrichtungen:

## Zentrale Herausforderungen

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass *Verbindlichkeit* von den Teilnehmenden als eine der größten Herausforderungen für die Partizipation von Geflüchteten in Unterkünften wahrgenommen wird. Dieser Aspekt wird von 87 Prozent als sehr oder ziemlich relevant eingestuft. [Abbildung 8]

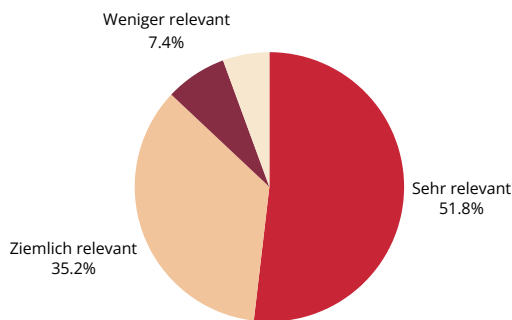


Abb. 8. Verbindlichkeit (in Prozent)

Auch die *Motivation und Bereitschaft der Bewohner\*innen* selbst, sich zu beteiligen, wird von einem Großteil der Befragten als wichtiger Faktor gesehen. Nur wenige sehen dies als weniger oder nicht relevant an. [Abbildung 9]

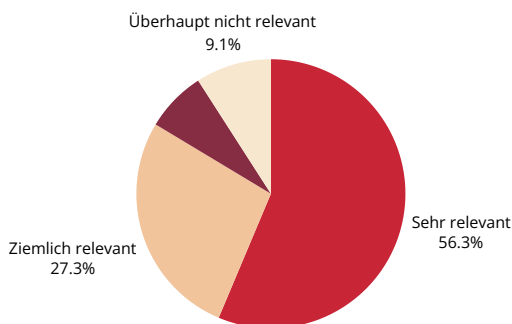


Abb. 9. Motivation und Bereitschaft der Bewohner\*innen (in Prozent)

Darüber hinaus werden die *zeitlichen Ressourcen der Mitarbeitenden* von der Mehrheit der Teilnehmenden als relevante Hürde für eine gelungene Partizipation in den Unterkünften angesehen. Die meisten bewerten diesen Aspekt als sehr oder ziemlich relevant. Knapp 27 Prozent stufen ihn als weniger oder nicht relevant ein. [Abbildung 10]

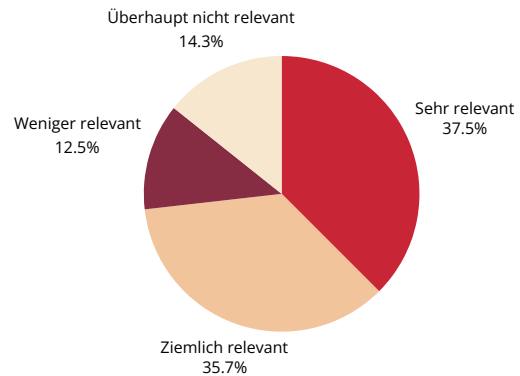


Abb. 10. Zeitliche Ressourcen der Mitarbeitenden (in Prozent)

Die Befragten sehen die größten Herausforderungen demnach in der mangelnden Verbindlichkeit, der fehlenden Motivation und Bereitschaft der Bewohner\*innen sowie den knappen zeitlichen Ressourcen der Mitarbeitenden.

## Häufig auftretende Erschwernisse

Ebenso wird die *Fluktuation* der Bewohner\*innen von vielen als große Hürde angesehen, da ein ständiger Wechsel die Kontinuität und Verbindlichkeit von Partizipationsprozessen erschwert.

Darüber hinaus sehen viele eine Herausforderung darin, die in solchen Prozessen getroffenen *Entscheidungen* auch tatsächlich *umzusetzen*. Ein Großteil der Befragten stuft diesen Aspekt als sehr oder ziemlich relevant ein.

Als Herausforderung werden in diesem Zusammenhang die *kommunalen Vorgaben für die Unterbringung* von Geflüchteten gesehen, die den Handlungsspielraum für Partizipation einengen können. Die Mehrheit der Befragten bewertet diesen Faktor als sehr oder ziemlich relevant.

Eng damit verbunden sind die *fehlenden Gestaltungsmöglichkeiten* in den Unterkünften.

Ohne ausreichende Freiräume und Mitsprachemöglichkeiten bei der Ausgestaltung der Lebensbedingungen bleiben Beteiligungsangebote möglicherweise wirkungslos. Allerdings gibt es hier auch einige abweichende Einschätzungen.

Nicht zuletzt wird von einem beträchtlichen Teil der Teilnehmenden die *Unterstützung bei der Koordination und Moderation* von Beteiligungsstrukturen als relevante Hürde benannt. [Abbildung 11]

Insgesamt zeigt sich, dass für eine gelingende Partizipation der Geflüchteten verschiedene Rahmenbedingungen wie Kontinuität, Gestaltungsspielräume und Unterstützungsstrukturen entscheidend sind. Diese Aspekte müssen bei der Förderung von Bewohner\*innenbeteiligung stets mitbedacht und gestaltet werden.

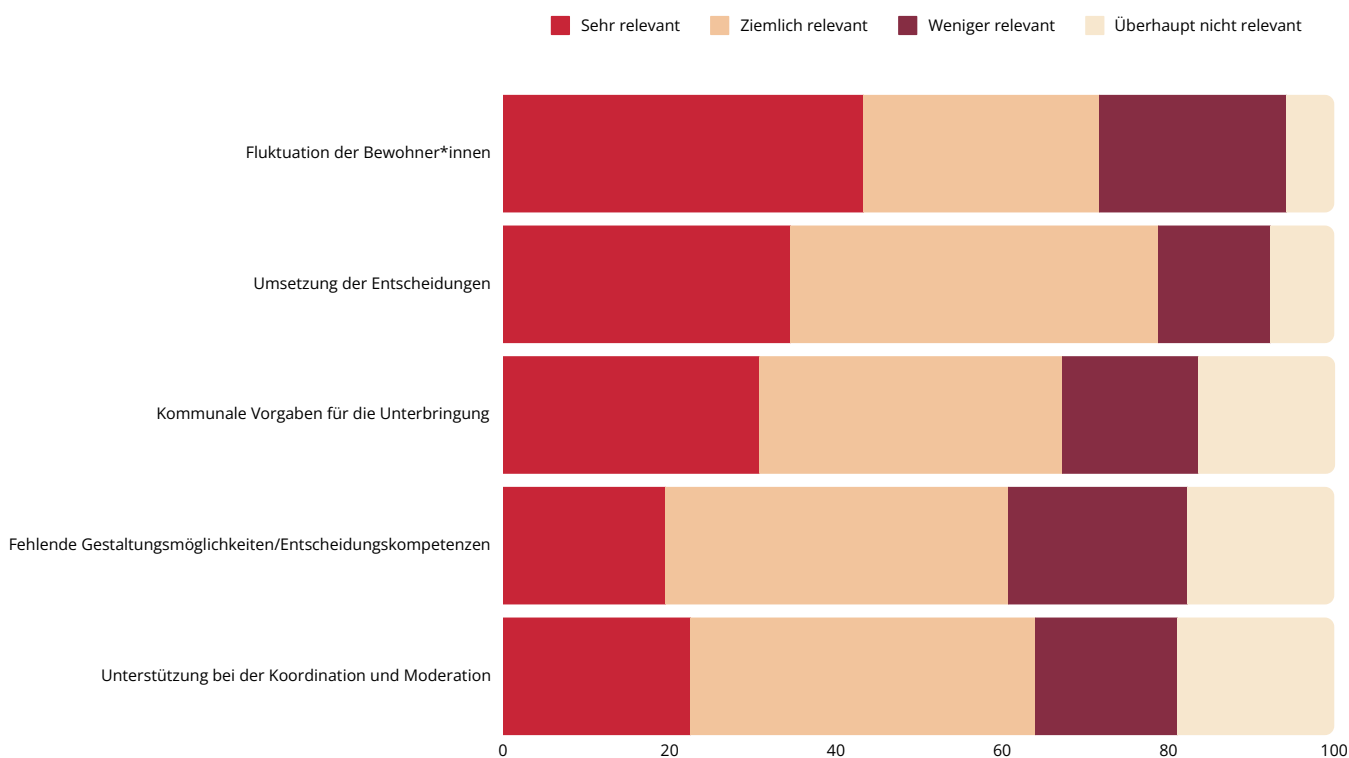


Abb. 11. Häufig auftretende Erschwernisse: Ergebnisse auf die Frage „Für wie relevant stufen Sie folgende Hürden bei der Etablierung einer Bewohner\*innenvertretung in Ihrer Einrichtung ein?“ (in Prozent)



## Weitere mögliche Hemmnisse

*Sprachliche und interkulturelle Kommunikationsschwierigkeiten* werden von fast zwei Drittel der Teilnehmenden als sehr oder ziemlich relevante Herausforderung angesehen. Allerdings gibt es auch einige Befragte, die dies als weniger oder nicht relevant einstufen.

Ebenso scheint der Bedarf an *Sprachmittlung für Veranstaltungen* sehr kontextabhängig zu sein, denn er wird zwar von vielen als sehr oder ziemlich relevant bewertet. Gleichzeitig schätzen diesen aber auch einige Teilnehmende als weniger bedeutsam ein.

Auch bei der *Finanzierung* von Partizipationsangeboten gehen die Meinungen stark auseinander. Während ein Teil der Befragten dies als sehr oder ziemlich relevant einstuft, sehen andere darin kein nennenswertes Hindernis.

Am wenigsten relevant werden die *Kinderbetreuung* und *Räumlichkeiten* bewertet. Die Mehrheit der Teilnehmenden stuft diese Faktoren als weniger oder nicht relevant ein. [Abbildung 12]

Die Ergebnisse machen deutlich, dass bei der Förderung von Partizipation verschiedene potenzielle Hemmnisse berücksichtigt und adressiert werden müssen. Es scheint jedoch sehr kontextabhängig zu sein, welche Faktoren im Einzelfall die größten Hürden darstellen.

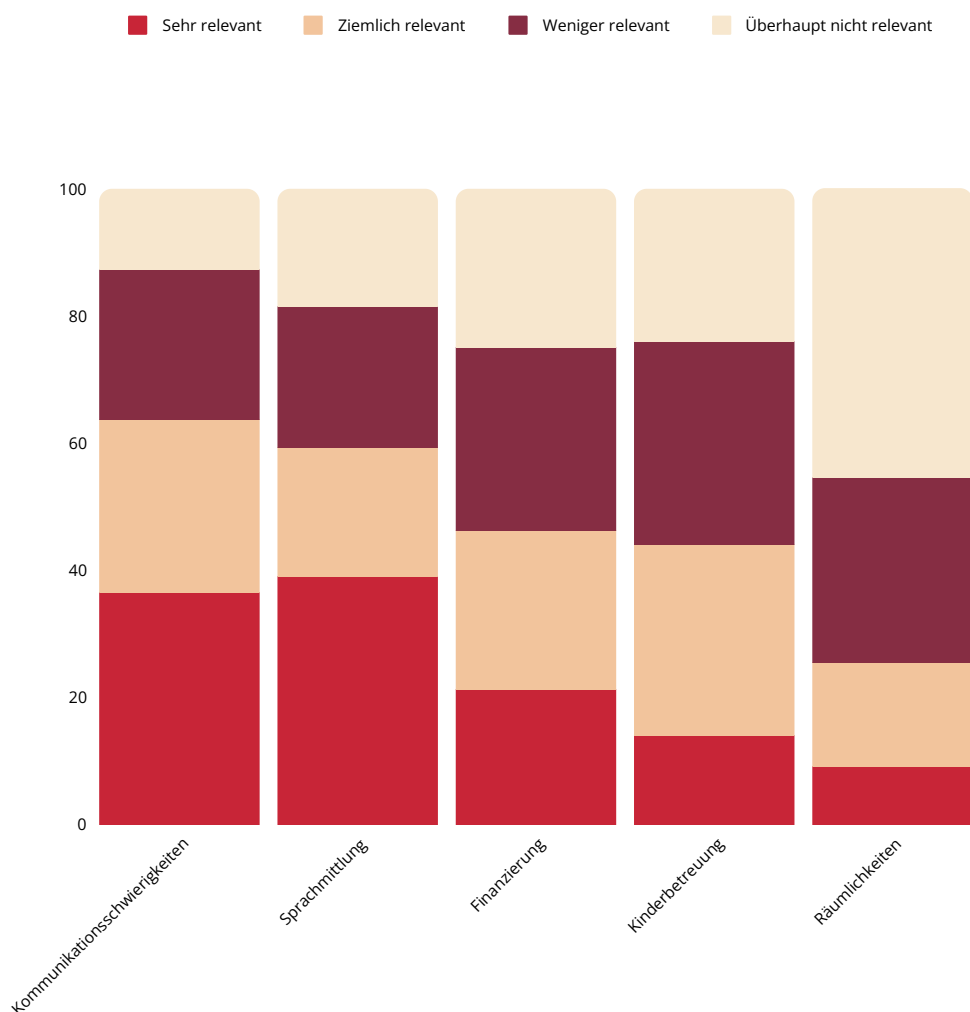


Abb. 12. Weitere mögliche Hemmnisse: Ergebnisse auf die Frage „Für wie relevant stuft Sie folgende Hürden bei der Etablierung einer Bewohner\*innenvertretung in Ihrer Einrichtung ein?“ (in Prozent)

---

## Zusammenfassung Heimbeiräte

Die Umfrage hat gezeigt, dass in der Mehrheit der Unterkünfte laut den Befragten keine partizipativen Gremien als Bewohner\*innenvertretung vorhanden sind. Allerdings gibt es auch Einrichtungen, die solche Strukturen hatten, haben, aufbauen oder zumindest darüber nachdenken. Die Heimbeiräte werden in den meisten Fällen von der Einrichtungsleitung oder dem Träger angestoßen, nur selten gehen sie auf die Eigeninitiative der Bewohner\*innen oder der Sozialarbeitenden zurück. In Sachen Größe, Zusammensetzung der Gremien und Häufigkeit der Treffen lässt sich kein einheitliches Muster erkennen.

Am häufigsten übernehmen die Gremien Aufgaben wie die Informationsweitergabe in beide Richtungen und die Annahme von Beschwerden. Weitere zentrale Aufgaben sind die Unterstützung neuer Bewohner\*innen, die Vermittlung bei Konflikten und die Mitarbeit an Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung. Seltener wurde die Mitwirkung an Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation genannt.

Die Umfrage unter den Fachkräften hat ebenfalls gezeigt, dass es bei der Etablierung von Bewohner\*innenvertretungen in der Praxis durchaus relevante Hürden zu überwinden gilt. Diese Herausforderungen scheinen jedoch in hohem Maße von den jeweiligen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen vor Ort abzuhängen.

Als größte Herausforderungen werden die mangelnde Motivation und Verbindlichkeit der Bewohner\*innen zur Beteiligung sowie die zeitlichen Ressourcen und die hohe Arbeitsbelastung der Fachkräfte gesehen. Zudem mangelt es an klaren Strukturen, Zuständigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten, um Entscheidungen und Anregungen der Bewohner\*innen tatsächlich umzusetzen. Sprachbarrieren, interkulturelle Unterschiede und die Koordination von Beteiligungsprozessen stellen ebenfalls Herausforderungen dar.

# 4 Erkenntnisse

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass in zwei Drittel der Unterkünfte Versammlungs- und Beteiligungsstrukturen vorhanden sind und dass sich die Bewohner\*innen aus Sicht der Fachkräfte in fast allen Unterkünften auf die eine oder andere Weise bei der Auswahl und Ausgestaltung verschiedener Bereiche einbringen können. Allerdings verfügt nur jede Zehnte Einrichtungen über eine echte Bewohner\*innenvertretung in Form eines partizipativen Gremiums.

Der Umstand, dass es mehr Beteiligungsbereiche als Beteiligungsstrukturen gibt, deutet darauf hin, dass die Beteiligung und Mitsprache oft über den persönlichen Kontakt mit der Einrichtungsleitung oder den sozialpädagogischen Fachkräften erfolgt und nicht immer in formalisierten Strukturen stattfindet. Die Bewohner\*innen werden vor allem bei Freizeitangeboten und der Gestaltung gemeinschaftlich genutzter Räume einbezogen. In Fragen der Unterkunft und der Hausordnung (z.B. Besuchszeiten, Betreuung, Belegung oder Gewaltschutzkonzept) findet Beteiligung nur in etwa einem Viertel der Unterkünfte statt.

Das Ziel von Partizipation ist, bestehende Machtasymmetrien abzubauen. Wenn die Bewohner\*innen jedoch als passive Empfänger\*innen oder Bittsteller\*innen wahrgenommen werden, kann sich keine echte Partizipationskultur entwickeln. Ein Indiz für die schwache Entwicklung einer solchen Kultur ist, dass in einem Drittel der Unterkünfte das bestehende Beschwerdemanagement nicht genutzt wird.

Es scheint, als würde Mitsprache vielerorts zwar ermöglicht, Partizipation aber nicht immer gelebt. Oft wird echte Mitbestimmung durch Mitsprache, Beschwerdemöglichkeiten oder Beschäftigungsangebote ersetzt.

Dies lässt sich mit der Wahrnehmung der Fachkräfte bezüglich der Umsetzbarkeit erklären. Zwar sehen 50 Prozent der Fachkräfte die Beteiligung der Bewohner\*innen bei Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation als sinnvoll an, umsetzbar

halten diese jedoch nur 15 Prozent. Dies gilt auch in anderen abgefragten Bereichen, in denen 20 bis 50 Prozent der Fachkräfte den Sinn, aber nicht die Umsetzbarkeit sehen.

Wiederum sieht ca. ein Viertel bis ein Drittel der befragten Fachkräfte zwar grundsätzlich die Möglichkeit, die Bewohner\*innen in den abgefragten Bereichen zu beteiligen<sup>26</sup>, hält eine solche Partizipation aber für nicht sinnvoll oder zielführend. Da anzunehmen ist, dass Partizipationsangebote nur dann weiterverfolgt werden, wenn sowohl die Sinnhaftigkeit als auch die Umsetzbarkeit gegeben sind, werden diese Fachkräfte die Beteiligung der Bewohner\*innen in den entsprechenden Bereichen voraussichtlich nicht aktiv vorantreiben oder vorantreiben können. Beide Wahrnehmungen – fehlende Sinnhaftigkeit bei gegebener Umsetzbarkeit oder umgekehrt – können dazu führen, dass mögliche Partizipationsmaßnahmen in der Praxis nicht umgesetzt werden.

Hohe Zustimmungswerte (realisierbar und sinnvoll) von 30 bis 40 Prozent erreichten besonders die Bereiche Informationsweitergabe in beide Richtungen, Unterstützung neuer Bewohner\*innen, Annahme von Beschwerden und Anregungen sowie Vermittlung der Bewohner\*innen an die richtigen Stellen.

Zieht man die Antworten derjenigen hinzu, die die Beteiligung weder für sinnvoll noch für umsetzbar ansehen, zeigen die Ergebnisse, dass 30 bis 40 Prozent der Fachkräfte keinen Sinn in der Beteiligung der Bewohner\*innen in den abgefragten Bereichen sehen. Für diese Personengruppe könnte eine verstärkte Auseinandersetzung mit den Zielen und der Wirkung von Partizipation für ihre Klient\*innen relevant sein. Hierfür bieten sich unter anderem thematische Teambesprechungen oder Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen an.

Ein größerer Anteil der Fachkräfte (50 bis 69 Prozent) sieht in allen abgefragten Bereichen zwar einen Sinn,

26 Neben Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation (15 %) stellen auch die Durchführung von Bewohner\*innenversammlungen (20 %) und die Vorbereitung und Durchführung einer Bewohner\*innenvertretungswahl (9 %) Ausnahmen dar.

viele glauben aber nicht, dass die Beteiligung in der Praxis umsetzbar ist. Hier müssen die Hindernisse und Hürden abgebaut werden, die aus ihrer Sicht einer Bewohner\*innenbeteiligung entgegenstehen.

Viele Fachkräfte sehen die fehlende Motivation seitens der Bewohner\*innen als besonders hinderlich für eine Bewohner\*innenvertretung an. Die Herausforderung liegt darin, die Bewohner\*innen für eine aktive Mitwirkung zu gewinnen.

Dies lässt sich vor allem mit wirklicher Mitsprache erreichen – die laut Umfrageergebnissen größtenteils nicht gegeben ist. Wenn Beteiligungsmöglichkeiten keine Handlungsspielräume sowie Entscheidungsbefugnisse und damit eine nachvollziehbare Wirkung für die Bewohner\*innen haben, kann dies die fehlende Motivation zum Teil erklären. Die Bewohner\*innen als Expert\*innen ihres Lebensraums wahrzunehmen, einzubeziehen und zu aktivieren, ihnen die Möglichkeit zu geben, Veränderungsprozesse in der Unterkunft anzustoßen und mitzugestalten, kann hingegen ihre Selbstwirksamkeit stärken und sie motivieren, sich zu engagieren.<sup>27</sup>

Eine stärkere Beteiligung der Bewohner\*innen bei der Mitwirkung und Beantragung von Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation wäre besonders förderlich. Bisher können sie hier in den meisten Unterkünften noch nicht wirklich mitbestimmen, obwohl es direkt um ihren Wohnbereich geht. Veränderungen und Erfolge durch ihre Mitsprache würden hier für alle Bewohner\*innen schnell sichtbar.

Auch *Verbindlichkeit* wurde als zentrale Herausforderung genannt. Mehr Verbindlichkeit lässt sich erreichen, indem Teilnehmungsformate verbindlicher gestaltet werden: mit festen Terminen, Orten, Zuständigkeiten und echtem Mitspracherecht. Beidseitige Verbindlichkeit bedarf aber auch Beziehungsarbeit und Vertrauensaufbau zwischen Fachkräften und Bewohner\*innen.<sup>28</sup>

Die Umsetzung von Entscheidungen wird aufgrund fehlender Gestaltungsmöglichkeiten und kommunaler Vorgaben ebenfalls als relevantes Hindernis eingestuft. Es mangelt an klaren Strukturen und Zuständigkeiten, um Anregungen der Bewohner\*innen umzusetzen. Konzepte sind gefragt, die alle Akteur\*innen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen einbeziehen und Beteiligung mit Wirksamkeit verknüpfen. Hierfür ist eine Auseinandersetzung mit den strukturellen Möglichkeiten für Partizipation auf Landkreis-, Träger- und Unterkunftsebene nötig.

Da echte Partizipation die Mitwirkung vieler Akteur\*innen erfordert und ein langwieriger Prozess sein kann, ist es oft sinnvoll, zunächst auf Team- oder Unterkunftsebene damit zu beginnen. Dazu gehört eine Reflexion darüber, was Partizipation für das jeweilige Team bedeutet, welche Beteiligungsmöglichkeiten und -bereiche die Unterkunft bietet und welche bisher von der Leitung und dem Team getroffenen Entscheidungen potenziell an die Bewohner\*innen übertragen werden könnten. Durch diesen Prozess kann ein gemeinsames Verständnis von Partizipation entwickelt und ein Rahmen für die Einbindung der Bewohner\*innen geschaffen werden.

Ein zentrales Problem ist und bleibt die hohe Arbeitsbelastung der Fachkräfte. Durch die Fülle an Aufgaben wird die Förderung von Partizipation zu einer Frage der zeitlichen Ressourcen und Prioritätensetzung. Die Etablierung und Unterstützung von Teilnehmungsstrukturen in den Unterkünften erfordert jedoch einen kontinuierlichen Einsatz und sollte nicht nebenbei erledigt werden. Sie erfordert daher zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen, z.B. durch eine Absenkung des Betreuungsschlüssels oder die Finanzierung externer Begleitung.

Es besteht eindeutig Bedarf an kontinuierlicher Unterstützung und Weiterentwicklung der Teilnehmungsstrukturen in den Brandenburger Unterkünften. Durch Partizipation kann sichergestellt werden, dass die Stimmen und Bedürfnisse der Bewohner\*innen angemessen berücksichtigt werden und sie ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Wenn die Bewohner\*innen die Möglichkeit haben, sich einzubringen und mitzugestalten, stärkt dies ihr Zugehörigkeitsgefühl und ihre Identifikation mit der Unterkunft. Eine strukturierte Beteiligung bietet zudem einen Rahmen, um Konflikte und Spannungen zwischen Bewohner\*innen und Fachkräften oder zwischen den Bewohner\*innen selbst zu thematisieren und konstruktiv zu bearbeiten.

Partizipation stärkt die Autonomie und Selbstbestimmung der Geflüchteten, indem sie ihnen Mitsprachemöglichkeiten in Fragen gibt, die ihr Leben betreffen. Dabei werden zugleich wichtige Werkzeuge gelingender Integration entwickelt.

---

27 Frizzi Heiner, Yana Kravtsova: Teilnehmungsformate in Unterkünften für geflüchtete Menschen – Möglichkeiten und Herausforderungen. Verfügbar unter: <https://www.pufii.de/html/download.cms?datei=Beteiligungsmoedatei=Beteiligungsmoedatei=Handreichung-Version-Digital.pdf&id=101> [Zugriff am 16.05.2024]. 28 Ebd.

# 5 Empfehlungen

Insgesamt zeigt sich, dass ein Großteil der Fachkräfte Partizipation zwar als sinnvoll ansieht, einige jedoch angesichts knapper personeller und zeitlicher Ressourcen sowie struktureller Herausforderungen dazu tendieren, echte Mitbestimmung oftmals durch bloße Mitsprache zu ersetzen. Eine Stärkung der Ressourcen und Strukturen in den Unterkünften ist daher erforderlich, um Partizipation zu ermöglichen und zu fördern.

Um die Partizipation der Geflüchteten zu stärken, wären eine Etablierung und Weiterentwicklung von Beteiligungsstrukturen wünschenswert. Dabei sollte der Abbau von Machtasymmetrien und die Stärkung der Selbstorganisation der Bewohner\*innen im Fokus stehen.

Partizipation in der Praxis bedeutet immer auch, Mitbestimmung zuzulassen und Entscheidungskompetenzen teilweise oder sogar ganz zu übertragen. Um die Partizipation in den Unterkünften zu stärken, ist daher eine eingehende Auseinandersetzung auf den verschiedenen Verwaltungs- und Entscheidungsebenen unerlässlich.

Die Einführung von Partizipationsmöglichkeiten hängt stark vom jeweiligen strukturellen, organisatorischen und personellen Kontext sowie von den Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner\*innen ab. Die folgenden Handlungsempfehlungen verstehen sich daher als Ansätze und Denkanstöße, die an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden müssen.<sup>29</sup>

## Auseinandersetzung im Team

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Partizipation im Team ist von zentraler Bedeutung. Zunächst sollte eine theoretische und praktische Auseinandersetzung stattfinden, beispielsweise im Rahmen von thematischen Teamsitzungen oder Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen. Dadurch kann ein gemeinsames Verständnis geschaffen und der Rückhalt im Team für Partizipation als Arbeitsprinzip sichergestellt werden.<sup>30</sup>

Darüber hinaus ist eine Bestandsaufnahme aller

Entscheidungsstrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten in der Unterkunft erforderlich. Hierbei sollten die Bedarfe, Möglichkeiten und die Eignung bestimmter Strukturen und Formate für den spezifischen Unterbringungskontext eruiert und Handlungsspielräume sowie Entscheidungsbefugnisse diskutiert werden.<sup>31</sup> Auf dieser Basis lässt sich ein Handlungsplan formulieren, der am sinnvollsten unter Mitwirkung der Bewohner\*innen entwickelt wird. Dabei ist es wichtig, strukturelle Hürden zu identifizieren und abzubauen.<sup>32</sup>

## Einbeziehung aller Entscheidungsebenen

Um Partizipation erfolgreich umzusetzen, müssen alle Entscheidungsebenen einbezogen werden. Dazu gehören eine Bestandsaufnahme und Aushandlung kommunaler Vorgaben sowie die Sicherstellung der Unterstützung des Trägers.

## Auf- bzw. Ausbau von Mitbestimmungsstrukturen

Der Auf- bzw. Ausbau von Mitbestimmungsstrukturen ist ein zentraler Aspekt. Hierbei sollten (partizipative) Konzepte und niedrigschwellige Beteiligungsformate entwickelt werden, die die Diversität und unterschiedlichen Bedürfnisse und Hintergründe der Bewohner\*innen berücksichtigen.

Aktive Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme müssen nicht nur ermöglicht, sondern auch aktiv gefördert werden. Dabei ist es wichtig, die Strukturen, Maßnahmen, Ziele und Inhalte der partizipativen Formate sowie die konkreten Befugnisse und Einflussmöglichkeiten der Bewohnerschaft klar und transparent zu kommunizieren.

<sup>29</sup> An dieser Stelle sei auf zwei weiterführende und vertiefende Publikationen hingewiesen: 1. Praxisleitfaden zur Implementierung und Begleitung von Bewohner:innenräten in Unterkünften für geflüchtete Menschen. Verfügbar unter: [https://www.gewaltschutz-gu.de/fileadmin/user\\_upload/PDFs\\_Publikationen/Praxisleitfaden\\_Bewohner\\_innenr%C3%A4te.pdf](https://www.gewaltschutz-gu.de/fileadmin/user_upload/PDFs_Publikationen/Praxisleitfaden_Bewohner_innenr%C3%A4te.pdf). Der Praxisleitfaden befasst sich mit der Einrichtung und Arbeit von Bewohner\*innenräten in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. 2. Handreichung Beteiligungsformate in Unterkünften für geflüchtete Menschen – Möglichkeiten und Herausforderungen. Verfügbar unter: <https://www.pufii.de/html/download.cms?datei=Beteiligungsformate-Handreichung-Version-Digital.pdf&id=101>. Diese Handreichung gibt einen Überblick über mögliche Beteiligungsformate für Geflüchtete in Unterkünften und diskutiert die damit verbundenen Herausforderungen und Handlungsempfehlungen.

<sup>30</sup> Milena Michy, Ulrike Ottl: Praxisleitfaden zur Implementierung und Begleitung von Bewohner:innenräten in Unterkünften für geflüchtete Menschen. Verfügbar unter: [https://www.gewaltschutz-gu.de/fileadmin/user\\_upload/PDFs\\_Publikationen/Praxisleitfaden\\_Bewohner\\_innenr%C3%A4te.pdf](https://www.gewaltschutz-gu.de/fileadmin/user_upload/PDFs_Publikationen/Praxisleitfaden_Bewohner_innenr%C3%A4te.pdf) [Zugriff am 16.05.2024].

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Frizzi Heiner, Yana Kravtsova: Beteiligungsformate in Unterkünften für geflüchtete Menschen – Möglichkeiten und Herausforderungen. Verfügbar unter: <https://www.pufii.de/html/download.cms?datei=Beteiligungsformate-Handreichung-Version-Digital.pdf&id=101> [Zugriff am 16.05.2024].

Darüber hinaus sollten die Kommunikationskanäle ausgebaut und Transparenz hinsichtlich der Entscheidungsstrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Nur wenn Kontinuität und Verbindlichkeit gewährleistet sind und Ergebnisse sowie Erfolge der Partizipation sichtbar gemacht werden, kann das Vertrauen in die Formate wachsen und eine Partizipationskultur entstehen.<sup>33</sup>

### **Bereitstellung von Unterstützung und Ressourcen**

Für die Umsetzung von Partizipation müssen klare Zuständigkeiten festgelegt und (externe) Begleitung, Moderation und bei Bedarf Sprachmittlung organisiert werden. Darüber hinaus sollte das Empowerment und die Selbstorganisation der Bewohner\*innen gefördert werden.

### **Rechtliche und strukturelle Verankerung**

Abschließend ist eine rechtliche und strukturelle Verankerung von Partizipation als wesentlicher Bestandteil der Migrationssozialarbeit erforderlich. Dies kann beispielsweise im Landesaufnahmegesetz, Betreiberverträgen, Leitbildern oder im Qualitätsmanagement erfolgen. Strukturen und Verantwortlichkeiten sollten klar definiert und in einem Konzept festgeschrieben werden.

## **Was wir tun**

Wir als Fachzentrum Migration Integration unterstützen Sie gerne dabei, Partizipation in Ihrer Unterkunft zu stärken. Folgende Angebote stellen wir dafür für Sie bereit:

Durch verschiedene **Veranstaltungsformate** wie Fortbildungen, Workshops oder Fachaustausche zu Themen wie Partizipation, Empowerment und Bewohner\*innenbeteiligung schulen und sensibilisieren wir für partizipative Ansätze in der Arbeit mit Geflüchteten. Wir vermitteln dabei theoretische Grundlagen sowie praxisnahe Methoden, um Partizipationsprozesse in den Einrichtungen anzustoßen und zu begleiten.

Über unsere **Beratungsangebote** erhalten Sie kontinuierliche und individuelle fachliche Unterstützung bei der Umsetzung von Partizipationsstrukturen. Gerne stehen wir Ihnen auch in Form einer Prozessbegleitung beratend zur Seite, um individuelle Herausforderungen zu bearbeiten und Lösungen für eine stärkere Einbindung der Bewohner\*innen zu finden.

Nicht zuletzt können wir Sie dabei unterstützen, Bewohner\*innenvertretungen und andere Partizipationsformate aufzubauen und zu implementieren.

Durch unsere regionale und landesweite **Vernetzungsarbeit** schaffen wir darüber hinaus Plattformen für einen fachlichen Austausch zu Beteiligungsmöglichkeiten in Unterkünften, in denen Best-Practice-Beispiele geteilt und Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Insgesamt bieten wir vielfältige Möglichkeiten der Qualifizierung, Beratung und Vernetzung, um alle beteiligten Akteur\*innen für eine stärkere Partizipation der Bewohner\*innen zu befähigen.

Sprechen Sie uns einfach an, wir beraten Sie gerne zu Ihren individuellen Bedarfen!

---

<sup>33</sup> Ebd.

# 6 Maßnahmenkatalog

## 1. Auseinandersetzung im Team

- Theoretische und praktische Auseinandersetzung mit Partizipation, z.B. im Rahmen von thematischen Teamsitzungen oder Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen
- Sicherstellung des Rückhalts im Team für Partizipation als Arbeitsprinzip
- Bestandsaufnahme aller Entscheidungsstrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten in der Unterkunft
- Eruierung der Bedarfe, Möglichkeiten und Eignung bestimmter Strukturen und Formate für den spezifischen Unterbringungskontext und Diskussion von Handlungsspielräumen und Entscheidungsbefugnissen
- Erstellung eines Handlungsplans – bestenfalls unter Beteiligung der Bewohner\*innen
- Abbau von strukturellen Herausforderungen

## 2. Einbeziehung aller Entscheidungsebenen

- Bestandsaufnahme und Aushandlung kommunaler Vorgaben
- Sicherstellung der Unterstützung des Trägers

## 3. Auf- bzw. Ausbau von Mitbestimmungsstrukturen

- (Partizipative) Konzeption und Aufbau niedrigschwelliger Beteiligungsformate, die die Diversität und unterschiedlichen Bedürfnisse und Hintergründe der Bewohner\*innen berücksichtigen
- Ermöglichung aktiver Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme
- Kommunikation der Strukturen, Maßnahmen, Ziele und Inhalte der Formate sowie der Befugnisse der Bewohnerschaft
- Ausbau von Kommunikationskanälen (und Schaffung von Transparenz bzgl. Entscheidungsstrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten)
- Schaffen von Kontinuität und Verbindlichkeit
- Sichtbarmachung von Ergebnissen und Erfolgen

## 4. Bereitstellung von Unterstützung und Ressourcen

- Festlegung klarer Zuständigkeiten
- Organisation von (externer) Begleitung, Moderation und bei Bedarf Sprachmittlung
- Förderung von Empowerment und Selbstorganisation der Bewohner\*innen

## 5. Rechtliche und strukturelle Verankerung

- Verankerung von Partizipation als wesentlichen Bestandteil der Migrationssozialarbeit (bspw. im Landesaufnahmegesetz, Betreiberverträgen, Leitbildern, Qualitätsmanagement)
- Klare Definition von Strukturen und Verantwortlichkeiten sowie Festschreibung in einem Konzept

# 7 Anhang

## Umfrage: Bewohner\*innenbeteiligung in der vorläufigen Unterbringung

**Hinweis:** Diese Umfrage richtet sich ausschließlich an **Fachkräfte der unterbringungsnahe Migrationssozialarbeit in Brandenburg**. Ihre Angaben sind vollständig **anonym**.

### Beteiligungsmöglichkeiten in der Unterkunft

#### 1. Welche Versammlungs- und/oder participationsstrukturen gibt es in Ihrer Unterkunft?

*(Mehrfachauswahl möglich)*

- Bewohner\*innenversammlung
- Bewohner\*innenrat/Heimbeirat
- Etagen-Treffen
- Gruppentreffen für Personen mit gemeinsamen Bedarfen, z. B. Frauentreff
- Sprachcafé
- Bewohner\*innen-Sprecher\*innen
- Etagen-Sprecher\*innen
- Gruppen-Sprecher\*innen
- Keine
- *Sonstiges*

#### 2. In welchen Bereichen können sich die Bewohner\*innen an Auswahl und Ausgestaltung beteiligen?

*(Mehrfachauswahl möglich)*

- Freizeitangebote
- Bildungsangebote
- Zugang zur Unterkunft/Besuchsrecht und -zeiten
- Gestaltung und Nutzung von Gemeinschaftsräumen
- Nutzung der Außenanlage
- Hausordnung
- Andere Fragen der Unterkunft (z.B. Sauberkeit, Rauchbereiche, Waschmaschinen-Nutzung)
- Fragen der Betreuung
- Fragen der Belegung
- Gewaltschutzkonzept
- Keine
- *Sonstiges*



### 3. In welchen Bereichen halten sie die Beteiligung der Bewohner\*innen für realisierbar und/oder sinnvoll?

	Realisierbar	Sinnvoll	Beides	Weder noch
Informationsweitergabe in beide Richtungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Annahme von Beschwerden und Anregungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unterstützung neuer Bewohner*innen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Vermittlung der Bewohner*innen an die richtigen Stellen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Vorbereitung und Durchführung der Bewohner*innenvertretung-Wahl	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Durchführung von Bewohner*innenversammlungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mitwirkung und Beantragung von Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mitarbeit an und Organisation von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe, z. B. Freizeitaktivitäten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Vermittlung bei Konflikten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

---

## Beschwerdemanagement

### 4. Welche Aspekte treffen auf das Beschwerdeverfahren in Ihrer Einrichtung zu?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Alle Bewohner\*innen sind über ihr Beschwerderecht und das Verfahren informiert
- Es gibt eine\*n Beschwerdemanagement-Verantwortliche\*n im Team
- Die Einrichtungsleitung ist die Ansprechperson für Beschwerden
- In der Einrichtung gibt es einen Briefkasten für Beschwerden
- Es gibt eine unabhängige Beschwerdestelle/Ombudsperson
- Alle Beschwerden werden dokumentiert und evaluiert
- Beschwerden werden in der Qualitätsentwicklung eingebunden
- Die beschwerdeführende Person wird über den Stand der Bearbeitung bzw. den Ausgang der Beschwerde informiert
- Es gibt kein etabliertes Beschwerdeverfahren
- Das implementierte Beschwerdeverfahren wird unzureichend oder gar nicht genutzt

## Bewohner\*innenvertretung

### 5. Haben/hatten Sie in Ihrer Unterkunft ein partizipatives Gremium (z.B. einen Heimbeirat), das als Bewohner\*innenvertretung fungiert/e?

- Nein [Verzweigung zu Frage 16]
- Nein, wir hatten aber mal eines [Verzweigung zu Frage 11]
- Nein, aber die Überlegung besteht [Verzweigung zu Frage 16]
- Ja [Verzweigung zu Frage 6]
- Ja, mehrere Gremien [Verzweigung zu Frage 6]
- Theoretisch ja, praktisch nein [Verzweigung zu Frage 6]

### 6. Auf welche Weise ist das Gremium zusammengekommen?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Auf Initiative des Trägers
- Auf Initiative der Heimleitung
- Auf Initiative der Sozialarbeitenden
- Selbstermächtigt
- Demokratisch/Wahl
- **Sonstiges**

### 7. Wie viele Personen sind in dem Gremium aktiv?

---

## 8. Nach welchen Kriterien ist das Gremium zusammengesetzt?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Paritätisch/Geschlecht
- Alter
- Sprachgruppen
- Nationalitäten
- Religion
- Stockwerk/Haus
- Eigeninitiative der Person/Freiwillige Meldung
- **Sonstiges**

## 9. In welchem Turnus trifft sich das Gremium?

- Mehrmals im Monat
- Einmal im Monat
- Mehrmals im Jahr
- Unregelmäßig
- **Sonstiges**

## 10. Welche konkreten Aufgaben übernimmt die Bewohner\*innenvertretung bei Ihnen in der Unterkunft?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Informationsweitergabe in beide Richtungen
- Annahme von Beschwerden und Anregungen
- Unterstützung neuer Bewohner\*innen
- Vermittlung der Bewohner\*innen an die richtigen Stellen
- Vorbereitung und Durchführung der Bewohner\*innenvertretung-Wahl
- Durchführung von Bewohner\*innenversammlungen
- Berichterstattung/Dokumentation der eigenen Tätigkeiten
- Mitwirkung und Beantragung von Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation
- Mitarbeit an und Organisation von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe, z. B. Freizeitaktivitäten
- Vermittlung bei Konflikten
- **Sonstiges**

## 11. Auf welche Weise ist das Gremium zusammengekommen?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Auf Initiative des Trägers
- Auf Initiative der Heimleitung
- Auf Initiative der Sozialarbeitenden
- Selbstermächtigt
- Demokratisch/Wahl
- **Sonstiges**

## 12. Wie viele Personen waren in dem Gremium aktiv?

## 13. Nach welchen Kriterien war das Gremium zusammengesetzt?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Paritätisch/Geschlecht
- Alter
- Sprachgruppen
- Nationalitäten
- Religion
- Stockwerk/Haus
- Eigeninitiative der Person/Freiwillige Meldung
- *Sonstiges*

## 14. In welchem Turnus traf sich das Gremium?

- Mehrmals im Monat
- Einmal im Monat
- Mehrmals im Jahr
- Unregelmäßig
- *Sonstiges*

## 15. Welche konkreten Aufgaben übernahm die Bewohner\*innenvertretung bei Ihnen in der Unterkunft?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Informationsweitergabe in beide Richtungen
- Annahme von Beschwerden und Anregungen
- Unterstützung neuer Bewohner\*innen
- Vermittlung der Bewohner\*innen an die richtigen Stellen
- Vorbereitung und Durchführung der Bewohner\*innenvertretung-Wahl
- Durchführung von Bewohner\*innenversammlungen
- Berichterstattung/Dokumentation der eigenen Tätigkeiten
- Mitwirkung und Beantragung von Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringungssituation
- Mitarbeit an und Organisation von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe, z. B. Freizeitaktivitäten
- Vermittlung bei Konflikten
- *Sonstiges*

## 16. Für wie relevant stufen Sie folgende Hürden bei der Etablierung einer Bewohner\*innenvertretung in Ihrer Einrichtung ein?

	Überhaupt nicht relevant	Weniger relevant	Ziemlich relevant	Sehr relevant
Zeitliche Ressourcen der Mitarbeitenden (Etablierung, Reifezeit, Sensibilisierung)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Räumlichkeiten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unterstützung (u. a. Koordination, Moderation)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Motivation/Bereitschaft der Bewohner*innen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Verbindlichkeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fluktuation	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kinderbetreuung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fehlende Gestaltungsmöglichkeiten/ Entscheidungskompetenz für das Gremium	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Umsetzung der Entscheidungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kommunale Vorgaben für die Unterbringung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sprachliche und/oder interkulturelle Kommunikationsschwierigkeiten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sprachmittlung für Veranstaltungen/ Zusammenkünfte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Finanzierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

## Statistische Datenerhebung

### 17. Wo arbeiten Sie?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Erstaufnahmeeinrichtung
- Gemeinschaftsunterkunft
- Übergangwohnheim
- Wohnverbund
- Fachberatungsdienst
- Verwaltung
- **Sonstiges**

### 18. In welcher Funktion und in wessen Auftrag arbeiten Sie dort?

	Freier Träger	Gewerblicher Träger	Kommune
Leitung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Stellv. Leitung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Soziale Arbeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fachberatung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Verwaltung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiges	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

### 19. Wie viele Personen wohnen in der Unterkunft?

- < 50
- Zwischen 50 und 75
- Zwischen 75 und 100
- Zwischen 100 und 125
- Zwischen 125 und 150
- Zwischen 150 und 200
- > 200
- > 350
- > 450
- **Sonstiges**

---

## 20. Wo in Brandenburg sind Sie tätig?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Barnim
- Brandenburg an der Havel
- Cottbus
- Dahme-Spreewald
- Elbe-Elster
- Frankfurt (Oder)
- Havelland
- Märkisch-Oderland
- Oberhavel
- Oberspreewald-Lausitz
- Oder-Spree
- Ostprignitz-Ruppin
- Potsdam
- Potsdam-Mittelmark
- Prignitz
- Spree-Neiße
- Teltow-Fläming
- Uckermark
- *Sonstiges*

## 21. Möchten Sie uns sonst noch etwas mitteilen?

## Impressum

### Herausgebende

FMI – Fachzentrum Migration Integration  
Am Bürohochhaus 2-4  
14478 Potsdam  
[www.isa-brb.de](http://www.isa-brb.de)  
Kontakt: [veranstaltungen@isa-brb.de](mailto:veranstaltungen@isa-brb.de)

### Ansprechperson

Christina Inninger  
E-Mail: [c.inninger@isa-brb.de](mailto:c.inninger@isa-brb.de)  
Telefon: 0157 3011 2975

Gefördert aus Mitteln des MSGIV.



Potsdam 2024